

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Chefredakteur:
Erich Hilferdinghaus, Berlin.
Telephon: Amt Dönhof 4196/4198



Redaktion für Druck und Gestaltung:
Berlin O 2 61, Dönhofstrasse-Platz 6
Telephon: Capotank

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Abdruck ist nur auf Grund schriftlicher Genehmigung gestattet. Abdruckung ist verboten 4 Wochen
vor dem Erscheinen, wenn nicht anders bestimmt ist. Abdruckung ist selbst für alle Fälle in Berlin.

Berlin, den 13. Mai 1930

Hakenkreuze über Sachsen.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. Die neue sächsische Regierung, das sogenannte Beamtenkabinett, unter Führung des Ministerpräsidenten Schieck ist am Dienstag im sächsischen Landtag vereidigt worden. Der Freistaat Sachsen hat nach langer Krise wieder eine Regierung, es fragt sich nur auf wie lange. Es liegt ein Antrag der Sozialdemokraten auf Auflösung des Landtages vor, und wenn auch die Regierungsparteien die Absicht haben, die Entscheidung darüber so lange wie möglich zu verschleppen, so wird doch noch im Laufe des Mai eine Entscheidung darüber herbeigeführt werden, ob Sachsen in kürzester Frist Neuwahlen haben wird. Die Entscheidung darüber liegt bei den Nationalsozialisten.

Die Regierung Büniger, ein ausgesprochenes Bürgerblockkabinett, war von den guten Willen der sächsischen Nationalsozialisten unter Führung des Manfred von Killinger und des Plauener Fabrikanten Mutschmann, des Geldgebers der Hakenkreuzler, abhängig. Nach dem Sturze des Kabinetts Büniger hatte es vorübergehend den Anschein, als ob das sächsische Bürgertum sich vom System Büniger, das ebenso wie das System Frick nur ein letztes Verlegenheitsauskunftsmittel des Bürgertums zur Behauptung rein bürgerlicher Herrschaft über die Arbeiterschaft war, abkehren wollte. Man hatte sich in der Ära Büniger in die schmachlichste Abhängigkeit von den Nationalsozialisten begeben, um die Arbeiterschaft politisch auszuschalten und um ihr nicht in Verwaltung und Gesetzgebung den Einfluss gewähren zu müssen, auf den sie auf Grund ihrer klassenmäßigen Stärke wie auf Grund der Bekundung ihres politischen Willens Anspruch hat. Die Ereignisse haben jedoch gezeigt, dass es sich nur um den Schein einer Abkehr handelt.

Die Deutsche Volkspartei hat in den langen Wochen der sächsischen Krise offenkundig nach Ausreden gesucht, um es nicht zu einer Regierungskoalition kommen zu lassen, in der dem Einfluss der Arbeiterschaft nachgegeben werden musste. Die sächsische Sozialdemokratie war bereit, in Verhandlungen über die Bildung einer Grossen Koalition in Sachsen einzutreten. Die Erfahrungen, die die sächsische Arbeiterschaft mit einer jahrelangen Ausschaltung der Sozialdemokratie gemacht hat, haben sie gelehrt, dass sie energisch auf ihrem Anteil an der Macht bestehen muss, wenn nicht das Bürgertum die Ausschaltung der Sozialdemokratie gegen die Arbeiterschaft ausnutzen soll. Die steuerliche Entwicklung in Sachsen in den letzten Jahren lehrt schliesslich deutlich genug, worauf es dem Bürgertum bei der Ausschaltung der Sozialdemokratie ankommt und wie teuer die Arbeiterschaft für ein Bürgerblockregime auch in den Ländern bezahlen muss. Das Thüringer Beispiel aber zeigt, dass es auch über dem Bürgerblocksystem Büniger hinaus, wie es in Sachsen gehandhabt worden ist, noch eine Steigerung zum Schlechteren gibt; das System Frick in Thüringen.

Die Deutsche Volkspartei in Sachsen jedoch will lieber die Abhängigkeit von den Nationalsozialisten als die Teilung der Macht mit der Sozialdemokratie. Sie will nach wie vor die Politik des Geldsacks ungehemmt betreiben, müsste sie

dafür auch äusserst bedenkliche Konzessionen auf politischem und kulturellem Gebiete an das Hakenkreuz machen. Aus diesem Grunde hat sie das Zustandekommen einer wirklich parlamentarischen Koalitionsregierung verhindert.

Das sogenannte Beamtenkabinett ist besetzt mit "Fachministern". Was Fachminister sind, weiss man in Deutschland nur zur Genüge. Sie sind nichts anderes als ein Aushängeschild entweder für ausserparlamentarischen Kurs oder für reaktionäre Tendenzen. In Sachsen sind sie das Feigenblatt für den Versuch der Deutschen Volkspartei, eine zweite Auflage des Systems Büniger herbeizuführen. Die Regierungserklärung des neuen Kabinetts zeigt den Sinn der neuen Regierungsbildung deutlich genug. Sie sagt mit kurzen Worten nur: Lasst uns weiter wursteln auf der Grundlage, auf der unter dem System Büniger in Sachsen Politik getrieben worden ist.

Es ist die Absicht des sächsischen Bürgertums, alles beim alten zu lassen, die Arbeiterschaft nach wie vor in der politischen Isolierung zu halten und in Sachsen die versteckte Variante des Systems Frick durchzuführen. Diese Absicht ist jedoch nur ausführbar, wenn und so lange die sächsischen Nationalsozialisten gesonnen sind, das Spiel des Bürgerblocks unter der Decke weiterzuspielen. Das ist aber gerade die Frage. Der Appetit kommt beim Essen, und die Erfolge des Herrn Frick in Thüringen haben den sächsischen Nationalsozialisten Mut gemacht, auch in Sachsen offen den Löwenanteil an der Macht zu fordern. Es gibt Anzeichen genug, die darauf hindeuten, dass die Partei des Hakenkreuzes in Sachsen und vielleicht auch gleichzeitig in Thüringen Neuwahlen will, weil sie der Hoffnung ist, damit ihre Stellung in beiden Ländern nur verstärken zu können. Sie hofft, dass sie den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei grosse Teile ihrer Wählerschaft wegreißen könnte, und das Beispiel der Gothaer Stadtratswahl ist allerdings geeignet, sie in der Geringschätzung des Zusammenhalts der Wählerschaft bei Deutschnationalen und Deutsche Volkspartei zu bestärken. Würden diese Hoffnungen in Erfüllung gehen, so würde man auch in Sachsen ein offenes System Frick erleben können, und es wäre nur interessant zu wissen, wer dann in Sachsen die Rolle des Herrn Frick spielen soll. Herrn Manfred von Killinger wird man ja schwerlich dazu nehmen können, Herr Poehner ist tot - aber es gibt ja auch sonst bei den Hakenkreuzlern noch genügend prominente Hochverräter, die diese Rolle übernehmen könnten.

Fortsetzung der Provokationspolitik gegen die Arbeiterschaft wie gegen die Republik auch in Sachsen - das ist das Ziel der Hakenkreuzler. Die Sozialdemokratische Partei wird allerdings durch diese Hoffnungen der Hakenkreuzler einen Strich ziehen. Das ausgesprochene Arbeiterland Sachsen ist sozial ganz anders zusammengesetzt als Thüringen und die Hakenkreuzler könnten trotz aller Hoffnungen manche Wahlüberraschung erleben. Eines aber muss jedem denkenden Arbeiter klar sein: das Spiel des reaktionären Bürgertums wie das Spiel der Hakenkreuzler ist nur möglich, weil die Arbeiterschaft nicht als ein festgeschlossener Block ihnen gegenübersteht, sondern gespalten infolge des Treibens der Kommunisten. Der Arbeiter, der die kommunistische Spaltungspolitik unterstützt, arbeitet den Hoffnungen der Hakenkreuzler in die Hände!

SPD. New Delhi, 13. Mai (Eig. Drahtb.)

Der Aktionsausschuss des allindischen Nationalkongresses beschäftigte sich am Dienstag in einer geschlossenen Sitzung mit den verschiedenen strategischen Problemen der Widerstandsleistung gegen Grossbritannien. Obwohl keine endgültigen Beschlüsse gefasst wurden, scheint die Mehrheit der Mitglieder des Ausschusses für eine Verschärfung der Bewegung zu sein. Es wurden u.a. Fragen des Kampfes gegen die Salz- und Fortstgesetze, das Problem des Boykotts ausländischer Stoffe, die Alkoholfrage und die Frage der Verweigerung der Landsteuern erörtert. Hinsichtlich des Boykotts ausländischer Stoffe herrschten lebhafteste Meinungsverschiedenheiten. Während ein Teil des Ausschusses für eine strenge Durchführung des Boykotts eintrat, wünschte ein anderer Teil eine Mässigung der Boykottbewegung gegen alle diejenigen Geschäftsleute, die sich verpflichten, keine ausländischen Stoffe mehr zu importieren.

SPD. Paris, 13. Mai (Eig. Drahtb.)

Eine recht kritisch aussehende Lohnbewegung ist unter den Post- und Telegraphenbeamten in Paris ausgebrochen. Aus einer halbamtlichen Mitteilung mussten die Beamten dieser Tage erfahren, dass die Verteilung der von der Kammer im Budget für 1930 vorgesehenen Kredite für die Erhöhung der Beamtgehälter, ihren seit langem geäußerten Wünschen um eine der Preisentwertung entsprechende Aufbesserung wieder nur zu einem sehr geringen Teil Rechnung trägt. In einigen recht stürmisch verlaufenen Versammlungen wurde deshalb die Möglichkeit der Proklamierung eines Generalstreiks in Erwägung gezogen. Ob es soweit kommt, wird sich wahrscheinlich spätestens am Mittwoch entscheiden.

Der Generalsekretär der dem sozialistischen Gewerkschaftsbund der CCT angeschlossenen Postbeamtengewerkschaft erklärt am Dienstag im "Paris Soir", dass es sehr schwer sein werde, die entrüsteten Beamten zur Ruhe zu mahnen.

SPD. Karlsruhe, 13. Mai (Eig. Drahtb.)

Der badische Landtag ermächtigte die badische Regierung am Dienstag eine Anleihe bis zum Höchstbetrage von 18 Millionen Mark aufzunehmen. Die Anleihe soll zur Förderung des Wohnungsbaues verwendet werden.

In Baden wurden von 1924 - 1928 rund 45 000 Wohnungen - das sind 93 Prozent aller in Baden erstellten Wohnungen - aus öffentlichen Darlehen in Höhe von 190 Millionen Mark gebaut. Die Zahl der wohnungsuchenden Haushaltungen beträgt zurzeit noch 17 000; davon sind 2100 ohne Wohnung, 12 700 wohnen in Notwohnungen.

SPD. Kiel, 13. Mai (Eig. Drahtb.)

Das Reichswehrministerium hat die Meldung über den sonderbaren Verlauf eines "Herrenabends" der Artillerie-Abteilung in Itzehoe dementiert. Es soll an diesem Herrenabend weder der Bombenattentäter Weschke teilgenommen haben, noch sollen die sonstigen Behauptungen der Meldung zutreffen. Von einem der Teilnehmer an der Veranstaltung wird uns dazu berichtet:

Irrig war an der Meldung lediglich das Datum. Ein telefonischer Hörfehler machte aus März "Herbst", aber sonst stimmt alles. An dem Herrenabend haben neben den Offizieren der Artillerie-Abteilung und dem Kommandeur des Wehrkreiskommandos II der Landrat Goeppert, verschiedene höhere Beamte der Stadt, ehemalige Offiziere und auch mehrere Offiziere der Polizei unter Führung des Hauptmanns Gueldenfeld (die sich zur Aufrechterhaltung der Ruhe bei dem damals gerade zur Verhandlung stehenden Landvolk-Prozess in Itzehoe befanden) teilgenommen. Eingeladen war auch Weschke, der Verleger der Zeitung "Das Landvolk" ist. Richtig ist auch, dass sich im Saale ein überlebensgroßes Bild Wilhelms II. befand und auch heute noch befindet. Richtig ist ferner, dass sich rechts und links von dem Bild Büsten von Wilhelm I. und Wilhelm II. befanden, die von Lorbeerbäumen umrahmt wurden. Die Büste des letzten Wilhelm soll ein Schiesspreis aus der Vorkriegszeit sein, die aber nur zur Feier des Tages in dem Speisesaal aufgestellt wurde.

Die tatsächlichen Angaben der Meldung stimmen also. Übrigens sind den Angehörigen der Reichswehr in Itzehoe Bilder von Wilhelm dem Letzten recht alltägliche Dinge. Auch im Speisesaal der neuen Kaserne hängt z.B. Wilhelm in Öl.

SPD. Dresden, 13. Mai (Eig. Drahtb.)

Die neue sächsische Regierung stellte sich am Dienstag dem Landtag mit einer mehr als lendenlahmen und von Ziellosigkeit getragenen Programmklärung vor. Das Wesentliche dieser Erklärung des angeblich unpolitischen Kabinetts ist die Ankündigung einer Erhöhung der Mieten. Die Regierung beabsichtigt, die Ausführungsverordnung zum Reichsmietengesetz so zu ändern, dass gewisse öffentliche Lasten als Nebenleistung erklärt werden.

Im weiteren Verlauf seiner Erklärungen warnte Ministerpräsident Schieck die Parteien vor einer Auflösung des Landtages, die eine Krise der Staatsfinanzen mit sich bringen werde. Von dieser Krise würden die Kreise am meisten betroffen, die der Hilfe des Staates in erster Linie bedürften. Soweit die Außenhandelspolitik des Reiches beeinflusst werden könne, sei die Regierung bestrebt, die dem Auslandsabsatz sächsischer Erzeugnisse entgegenstehenden Hemmnisse soweit als möglich abzubauen. Inbezug auf die Reichsreform werde die Regierung bestrebt sein, daran festzuhalten, dass die Aufgaben, bei denen es um Lebensfragen des Reiches gehe, dem Reich verbleiben, dass aber eine gesunde Dezentralisation durchgesetzt werde und es den Ländern überlassen bleibe, insbesondere Kultur und Wirtschaft nach ihrer regionalen Eigenart zu fördern.

Die Entscheidung über den Auflösungsantrag der Sozialdemokratie wird nach einer Vereinbarung in der Dienstsitzung des interfraktionellen Ausschusses erst in der nächsten Woche fallen. Als Wahltag ist für den Fall der Auflösung der 22. Juni in Aussicht genommen.

SPD. Paris, 13. Mai (Eig. Drahtb.)

Ein schwerer Arbeitsunfall ereignete sich am Dienstag auf der Kohlengrube Grand Combe bei Perpignan. Durch einen verspätet explodierten Sprengschuss wurden drei Bergarbeiter verschüttet und schwer verletzt. Einer von ihnen trug so schwere Kopfverletzungen davon, dass er wahrscheinlich erblinden wird. Dem zweiten wurde der linke Arm abgequetscht. Der dritte Arbeiter erlitt schwere innere Verletzungen.

SPD. Gummersbach, 13. Mai (Eig. Drahtb.)

In der Nähe von Gummersbach, auf der Krone der Aggertalsperre wurde am Dienstag ein herrenloses Auto aufgefunden. Im Inneren des Wagens lag ein Zettel mit folgenden Worten: "Wir liegen zu dritt in der Aggertalsperre." Das Auto gehört nach den vorgefundenen Papieren einem Kaufmann Kaesbach in Wald bei Solingen. Die polizeilichen Ermittlungen haben ergeben, dass Kaesbach sich am Montag mit Frau und Kind von Hause entfernt hat. Es ist anzunehmen, dass die Familie in dem Wasser der Talsperre den Tod gesucht und gefunden hat.

SPD. Paris, 13. Mai (Eig. Drahtb.)

Eine unerwünschte Reise machte ein Hafenarbeiter aus Marseille, der sich während der Mittagspause in einem Güterwagen zum Schlaf niedergelegt hatte. Als er erwachte stellte er fest, dass er in dem Wagen eingeschlossen war und er sich bereits auf der Reise befand. Vergeblich trommelte der unfreiwillige Häftling gegen die Tür und schrie aus Leibeskräften um Hilfe. Erst nach 21stündiger Fahrt wurde er auf dem Bahnhof Clairmont-Verrand aus seinem rollenden Gefängnis befreit.

SPD. Wien, 13. Mai (Eig. Drahtb.)

Die "Wiener Arbeiterzeitung" behauptet in ihrer Dienstaussage, dass bei den Bundesbahnen ein Geheimfonds besteht, der durch Zuwendungen verschiedener Lieferanten zustande gekommen ist, und der gegenwärtig über 400 000 Schilling beträgt. Um diese Gelder für die christlich-soziale Wahlpropaganda und für die Heimwehren verwenden zu können, solle jetzt der Grazer Vizebürgermeister Straffella, der Mitglied der christlich-sozialen Partei und der Heimwehr sei, zum Generaldirektor der Bundesbahnen ernannt werden.

SPD. Der Haushaltsausschuss des Reichstages verabschiedete am Dienstag den Haushalt des Verkehrsministeriums. Ein Antrag der Wirtschaftspartei, die Ausgaben in Höhe von 50 000 Mark für die Aufschliessung der Schiffstagebücher der Deutschen Seewarte zu streichen, wurde mit grosser Mehrheit angenommen. Das Kapitel Reichswasserschutz wurde nach der Vorlage der Regierung verabschiedet. Ein Unterausschuss soll versuchen, bis zur dritten Lesung im Plenum eine Übereinstimmung hinsichtlich der Überführung des Reichswasserschutzes an die Länder zu erzielen.

Bei der Beratung über die Ausgaben für die Luftfahrt erklärte Abg. Keil (Soz), dass die im Vorjahr getroffenen finanztechnischen Massnahmen ohne Erfolg geblieben wären. In diesem Jahr seien wieder für die Lufthansa und für die Erhaltung und Förderung der Flugzeugindustrie erhebliche Mittel zur Verfügung gestellt. Die Sozialdemokratie sei keineswegs grundsätzliche Gegnerin solcher Anwendungen, aber sie müsse peinliche Sorgfalt bei der Bewirtschaftung solcher Fonds verlangen. Deshalb erhebe sie die Forderung, dass die für die Verwendung des 7 Millionen-Fonds zur Förderung der deutschen Luftfahrtindustrie aufgestellten Richtlinien dem Ausschuss mitgeteilt werden. Erst dann werde sich entscheiden lassen, ob der Fonds in dieser Höhe wirklich notwendig sei. Aus dem Fond sollten jedenfalls 3 Millionen Mark für die Förderung des Flugzeugexports abgezweigt werden.

Reichsverkehrsminister von Guérard sprach die Hoffnung aus, dass mit den angeforderten 7 Millionen die Gefahr einer weiteren Verkümmern der Industrie abgewendet werden könne. Die Richtlinien für die Verwendung des Industriefonds würden unverzüglich dem Reichsrat und dem Reichstag zugehen. Vor der Genehmigung dieser Richtlinien durch die gesetzgebenden Körperschaften würden aus diesem Titel keine Ausgaben geleistet. Im Rahmen der Luft-Hansa müsse besonders die Linie Berlin-Konstantinopel-Angora-Bagdad mit Anschluss an die englischen Linien gefördert werden. Die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft habe er um eine Zusammenstellung der Bezüge der leitenden Beamten der Reichsbahngesellschaft ersucht. Diese Zusammenstellung sei jedoch bisher nicht eingetroffen. Er habe aber nach dem neuen Reichsbahngesetz einen Anspruch auf Lieferung und Einsicht in dieses Material und werde darauf bestehen, dass es ihm zugehe. Er sei im übrigen immer gegen die Schliessung von Reichsbahnwerkstätten gewesen und habe die Einschränkung der gegenteiligen Massnahmen gefördert. Soweit Stilllegungen wirklich unvermeidlich wären, müsste von der Reichsbahn peinlichste Rücksichtnahme auf Wirtschaft und Personal hinsichtlich des Zeitpunktes verlangt werden. Leider stene nach dem neuen Reichsbahngesetz die Entscheidung über solche Stilllegungsmassnahmen ausschliesslich der Reichsbahngesellschaft zu.

Am Mittwoch wird mit der Beratung des Etats des Reichsarbeitsministeriums begonnen.

SPD. Die Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale befasste sich in ihrer Montag-Abendsitzung mit den Fragen des Asylrechtes. Es lagen eine Reihe von Gutachten sozialistischer Juristenvereinigungen verschiedener Länder vor. Der Kurt Rosenfeld, der Sekretär der Internationalen Vereinigung Sozialdemokratischer Juristen, berichtete über das bisher gesammelte Material und sprach den Wunsch aus, die Entscheidung über die zum Teil komplizierten Probleme erst in der nächsten Sitzung der Exekutive zu treffen, damit auch den Ländern, die bisher nicht in der Lage waren, Stellung zu nehmen, Gelegenheit gegeben werde, ihre Gutachten einzusenden. Nach einer Debatte, an der sich Modigliani, Longuet und Abramowitsch beteiligten, wurde beschlossen, die Frage in der nächsten Exekutivsitzung nochmals zu behandeln. Adelheid Popp erstattete einen eingehenden Bericht über die Tätigkeit des Internationalen Sozialistischen Frauenkomitees. Otto Bauer dankte der Exekutive im Namen der österreichischen Sozialdemokratie auf das herzlichste für den Beschluss, den nächsten internationalen Kongress in Wien abzuhalten.

In der Dienstag-Sitzung wurde auf Antrag der holländischen Sozialdemokratie beschlossen, eine permanente Sachverständigenkommission für Kolonialfragen einzusetzen. Auf Antrag von Albarda und Gillies wurde ferner ein Aktionsprogramm in der Abrüstungsfrage beschlossen. Auf Anregung von Wibaut-Holland wurde der Beschluss gefasst, einen Bericht über die Organisation der wirtschaftlichen Arbeiten der Internationale einzuholen und das Sekretariat beauftragt, mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund und der Internationalen Genossenschaftsallianz in Verhandlungen über dieses Problem einzutreten.

Auf Grund eines Berichts von De Brouckère-Belgien über die indischen Probleme wurde folgende Entschliessung angenommen: "Die Exekutive erinnert an die Resolution des Brüsseler Kongresses der S.A.I., die das Recht der Völker Indiens auf Selbstbestimmung anerkennt. Sie ist der Überzeugung, dass durch Verhandlungen zwischen der englischen Arbeiterregierung und den Vertretern aller Teile der indischen Bevölkerung dieses Recht sich unter den wirksamsten und sichersten Bedingungen wird auswirken können. Sie hat das Vertrauen zur englischen Arbeiterregierung, dass sie diese Verhandlungen möglich machen und erleichtern, die baldige Amnestie der politischen Gefangenen in Erwägung ziehen und die Verhandlungen in der Weise führen wird, dass sie schnell zu einer vollkommen verantwortlichen und autonomen Regierung führen."

SPD. London, 13. Mai (Eig. Drahtb.)

Der Sowjetbotschafter in London, Sokolnikoff, und seine Gattin wurden am Dienstag von der englischen Königin im Buckingham-Palast in Audienz empfangen. Der Hof hat bisher jede Berührung mit Bolschewisten abgelehnt.

SPD. Kiel, 13. Mai (Eig. Drahtb.)

In dem Kieler Munitionsschieberprozess hatte auf Veranlassung des Reichswehrministeriums die Staatsanwaltschaft Berufung gegen das freisprechende Urteil eingelegt. Die Berufungsverhandlung ist nunmehr auf den 12. Juni angesetzt worden. Es steht wohl ausser Zweifel, dass die Verhandlung wiederum hinter verschlossenen Türen stattfinden wird, sodass die Öffentlichkeit kaum erfahren dürfte, ob die angeklagten Kaufleute nach den Worten des Reichswehrministers "ganz gewöhnliche Schieber" sind.

SPD. London, 13. Mai (Eig.Drahtb.)

In einem Interview mit der berühmten englischen Reisenden und Forscherin Rosita Forbes erklärte König Feisal von Irak, sein Glaube an England sei unererschütterlich. Der versprochene Vertrag, der Irak zu einem freien Lande gestalten solle, werde jedoch bedauerlicherweise von Grossbritannien immer wieder hinausgeschoben. Diese Verzögerung der Entscheidung habe bereits einem seiner Ministerpräsidenten das Leben gekostet. Irak sei bereit, mit Grossbritannien einen Freundschafts- oder Allianzvertrag abzuschliessen, falls Irak im Jahre 1932 den Versprechungen gemäss in den Völkerbund aufgenommen werden.

SPD. Das Preussische Statistische Landesamt wurde am Dienstag vom Berliner Arbeitsgericht in einer Klage mit einem bei ihm beschäftigten Akademiker zur Nachzahlung der Gehaltsdifferenz zwischen Gruppe 9 und 10 des Tarifvertrages verurteilt. Die Verurteilung erfolgte, weil im Tarifvertrag die Gruppe 10 für wissenschaftliche Arbeiten Angestellte mit abgeschlossener Hochschulbildung vorsehe, kein Angestellter dürfe unaufgefordert die Arbeiten einer höheren Gruppe verrichten. Sei einmal eine Aufgabe gestellt, dann könne in jedem Streitfall über Gehaltsgruppierung das Arbeitsgericht angerufen werden.

Die Entscheidung des Arbeitsgerichts kann leicht eine ganze Reihe Gehaltsnachforderungen im Gefolge haben. Der dabei in Frage kommende Streitwert wird auf rund 100 000 Mark geschätzt. Die Klage hatte einen stark politisch gefärbten Hintergrund. Sie hängt zusammen mit der Beschwerde der Rechtsparteien, dass das Landesamt einseitig parteipolitisch Personalpolitik treibe. Die Funktionäre der christlich-nationalen Angestelltenverbände, die die Klage führten, versuchten den Streit um die Gehaltsdifferenz zu einem prinzipiellen Kampf gegen den preussischen Staat als Arbeitgeber auszuweiten.

SPD. Weimar, 13. Mai (Eig.Drahtb.)

Der Putschist und Volksbildungsminister Frick erklärte am Dienstag im Haushaltsausschuss des thüringischen Landtags, dass die Berufung des nationalsozialistischen Professors Hans Günther nach Jena zurzeit dem thüringischen Staatsministerium zur Entscheidung vorliege. In Anbetracht der sozialdemokratischen Agitation gegen eine Berufung des Nationalsozialisten Ruge nach Jena beabsichtige er erst recht, Ruge auf eine Lehrstufe für Philosophie in Jena unterzubringen.

Auf die Frage eines sozialdemokratischen Vertreters, ob Frick tatsächlich beabsichtige, eine Professur für Rassenkunde in Jena einzurichten, erwiderte der Putschist, dass die thüringische Regierung die Rassenkunde als den Schlüssel zur Weltgeschichte betrachte.

SPD. Genf, 13. Mai (Eig.Drahtb.)

Der Völkerbundsrat genehmigte am Dienstag u.a. einige Berichte und Konventionsskizzen des Ausschusses für Frauen- und Kinderschutz sowie die Demission des deutschen Mitgliedes der Mandatskommission, Direktor Kastle, dem für seine Tätigkeit der Dank des Rates ausgesprochen wurde. Als Nachfolger von Kastle wählt der Völkerbundsrat in geheimer Sitzung Geheimrat Dr. Ruppel, der seit mehreren Jahren Leiter der deutschen Kriegslasten-Kommission in Paris ist.

SPD. New Delhi, 13.Mai (Eig.Drahtb.)

In Scholapur, wo sich in der vergangenen Woche schwere Unruhen abspielten, wurde am Dienstag der Ausnahmestand verkündet und das Kriegsrecht in Kraft gesetzt. An allen strategischen Punkten sind Maschinengewehre in Aufstellung gebracht und Barrikaden errichtet worden. Die Anhänger der Unabhängigkeitsbewegung, die am Montag den Versuch gemacht hatten, eine unabhängige Verwaltung in Scholapur zu errichten, wurden verhaftet.

Abbas Tyabji, der 80 jährige Nachfolger Gandhis, der am Montag verhaftet wurde, ist am Dienstag zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Gandhis Sohn Manilal, das einzige männliche Mitglied der Familie, das sich bisher noch auf freiem Fuss befindet, hat sich an die Spitze von Freiwilligen gestellt, die inzwischen den am Montag unterbrochenen Marsch nach dem staatlichen Salzdepot Dharsana wieder aufgenommen haben.

SPD. Gladbach-Rheydt, 13.Mai (Eig.Dr.)

In Gladbach-Rheydt wurde ein Beamter des Arbeitsamtes wegen Unterschlagung von 15 000 Mark verhaftet. Er gab an, das Geld zum Unterhalt einer Freundin, einer früheren Angestellten des Amtes, benutzt zu haben.

SPD. Altona, 13.Mai (Eig.Drahtb.)

Vor dem Schwurgericht in Altona wird demnächst der Monsterprozess gegen die Bombenattentäter stattfinden, die im vergangenen Jahr Schleswig-Holstein unsicher gemacht haben.

23 Mitglieder der Landvolkbewegung sind angeklagt, unter ihnen der Landvolkführer Hamkens nebst seinem Adlatus v. Salomon, der Schriftsteller Herbert Volck, der Syndikus Guido Weschke und andere. In der 76 Seiten umfassenden Anklageschrift sind die Attentate, ihre Vorbereitung und Durchführung genau verzeichnet. Daraus geht hervor, dass die Angeschuldigten versucht haben, sich auf jede Weise Sprengstoffe zu verschaffen. Hamkens sei der geistige Leiter der Bewegung gewesen, während Volck sie organisiert habe. Die Attentate seien aus Protest gegen die Zahlung von Steuern ausgeführt worden. Darüber hinaus habe einer der Angeschuldigten ausgesagt, dass man mit den Bombenattentaten Reklame für die Landvolkbewegung habe machen wollen.

Der Prozess, in dem sich die Angeklagten wegen eines Verbrechens gegen das Sprengstoffgesetz zu verantworten haben werden, dürfte mehrere Wochen in Anspruch nehmen, da zahlreiche Zeugen geladen werden.

SPD. Sofia, 13.Mai (Eig.Drahtb.)

In Sofia wurden am Dienstag nach achttägiger Verhandlung sechs jugendliche Kommunisten und eine junge Kommunistin wegen hochverräterischer Umtriebe zwischen 12½ und 3½ Jahren Zuchthaus verurteilt. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen. Als das Urteil gefällt war, veranstalteten die Angeklagten ein ehrenbetäubendes Pfeifkonzert.

SPD. Weimar, 13.Mai (Eig.Drahtb.)

In Zella-Mehlis in Thüringen kam es in einer nationalsozialistischen Versammlung zu einer schweren Schlägerei, als der kommunistische Reichstagsabgeordnete Pfaff in der Aussprache u.a. sagte, seine Parteifreunde würden in Zukunft jeden Nationalsozialisten niederschlagen. Pfaff wurde daraufhin vom

Rednerpult gerissen und in die Zuhörermenge gestossen. Ein Teil der Versammelten flüchtete durch die Fenster. Schliesslich wurde der Saal polizeilich geräumt. Annähernd 20 Personen wurden verletzt. Die Schlägerei war mit Biergläsern und Stuhlbeinen bestritten worden.

SPD, Sofia, 13. Mai (Eig. Drahtb.)

Der bulgarische Ministerpräsident erklärte am Dienstag nach einem Empfang beim König, dass in diesen Tagen die seit Monaten geplante Rekonstruktion seines Kabinetts durchgeführt werde. Liaptscheff hat dann mit der Zankoff-Gruppe sofort Verhandlungen aufgenommen. Voraussichtlich werden dem Kabinetts Liaptscheff künftig der frühere Aussenminister Burow und der frühere Finanzminister Mellow, die beide zur Zankoffgruppe zählen, wieder angehören.

SPD. Die Exekutive der Arbeiterinternationale beschloss am Dienstag folgenden Aufruf :

Arbeiter der Sowjetunion!

"In einer ernsten Stunde wenden wir uns an Euch. Wir wissen: man hat Euch immer einreden wollen, dass die sozialistischen Parteien der Welt "Sozialfaschisten", "Lakaien des Kapitals", "Verräter der Arbeiterklasse" seien. Aber unter unseren Fahnen sammeln sich immer weitere Millionen von Arbeitern, die, in der harten Schule des politischen und gewerkschaftlichen Kampfes zusammengeschweisst, unter Überwindung der grössten Schwierigkeiten mächtige gewerkschaftliche, wirtschaftliche und politische Klassenorganisationen geschaffen haben, um mit ihrer Hilfe für die Ideale des Sozialismus zu kämpfen. Könnt Ihr wirklich glauben, dass diese Millionen kämpfender Proletarier ihre eigenen Interessen nicht verstehen, sich selbst "verraten"? Im Namen dieser Millionen organisierter Proletarier wenden wir uns an Euch.

Tiefe Besorgnis um das Schicksal der russischen Revolution bedrückt die sozialistischen Arbeiter aller Länder. Sie hören von dem Hunger in Euren Städten. Sie wissen, dass Eure Arbeitsbedingungen noch oft ungünstiger sind, als die der Arbeiter in den kapitalistischen Ländern. Sie kennen das Scheitern der gewaltsamen Methoden der Kollektivisierung der Bauernschaft. Sie hören mit Entsetzen von der Fortdauer, ja von der Verschärfung des blutigen Terrors.

Die SAI fürchtet, dass die Fortdauer dieser verhängnisvollen Politik eine Kluft aufreissen könnte zwischen den beiden Klassen, auf die sich die russische Revolution stützt: zwischen den Arbeitern und den Bauern. Geschehe dies, würde der Bauer der Sowjet-Union mit Hass gegen das Proletariat und die Revolution erfüllt, dann entstünde die Gefahr, dass die Erbitterung und Verzweiflung der Bauernschaft von den weissen Konterrevolutionären für ihre Zwecke missbraucht würde, die entsetzliche Gefahr neuen Bürgerkriegs in der Sowjetunion.

Ein Sieg der Konterrevolution wäre eine ungeheure Katastrophe nicht nur für die Völker der Sowjetunion, die um die Früchte ihrer grossen Revolution betrogen würden, nicht nur für die Arbeiterklasse der Sowjet-Union, deren heroischer Kampf ergebnislos gewesen wäre, sondern auch für die Arbeiterbewegung, für die Demokratie und für den Frieden der Welt.

Gestützt auf die jahrzehntelange Erfahrung der politischen Kämpfe der Proletarier Europas, erklärt die SAI Euch, Proletariern der Sowjetunion, dass es an Euch liegt, die russische Revolution zu retten, dass in Euren Händen das Mittel liegt, eine Katastrophe zu vermeiden und eine friedliche Lösung aller gewaltigen Probleme der Revolution herbeizuführen.

Die Sowjetregierung gibt vor, im Namen der Arbeiterklasse zu regieren. Es liegt in Eurer Macht, Arbeiter der Sowjetunion, sie auf den notwendigen Weg zu zwingen. Was immer Eure Ansichten sind, ob Ihr Kommunisten oder Parteilose

seid; - Ihr müsst Euch mit den Sozialisten verbünden, um die Revolution zu retten.

Vor allem muss das Bündnis der Arbeiter mit den Bauern wiederhergestellt werden. Auch wir wünschen die Bauernschaft zur Vergenossenschaftung ihrer Wirtschaft zu führen; aber das muss freiwillig geschehen. Mit der gewaltsamen Kollektivisierung, mit jeder Enteignung der Bauernschaft muss Schluss gemacht werden. Dem Bauern muss die Freiheit seiner Wirtschaft, die freie Verfügung über seinen Arbeitsertrag wiedergegeben und gesichert werden. Nur so kann die Landwirtschaft wieder aufgebaut, die Ernährung der Städte gesichert, der Bauer dem Arbeiter als Freund und Verbündeter gewonnen werden.

Den Völkern der Sowjetunion muss die Freiheit wiedergegeben werden, die Arbeitern und Bauern ebenso unentbehrlich ist wie Luft und Wasser. Freiheit des Wortes! Freiheit der Organisation! Freie und geheime Wahlen! Schluss mit der Todesstrafe, mit den Massenhinrichtungen! Amnestie den politischen Gefangenen! Schluss mit der Schande, dass Männer und Frauen, die als Freiheitskämpfer der Arbeiterklasse in den Kerkern des Zaren gesessen sind, heute in den Kerkern der G.P.U., in den Konzentrationslagern, in den Verbannungsorten Sibiriens schmachten!

- Durch Verwirklichung dieser Forderungen werden die Völker der Sowjetunion friedlich, aber zielbewusst der vollen Demokratie entgegengehen, um auf der Grundlage der Freiheit die schöpferischen Kräfte der Massen zum Aufbau des Sozialismus zu entfesseln.

In diesem Kampfe für die Rettung der russischen Revolution werden die Herzen der sozialistischen Proletarier der ganzen Welt eins sein mit den Arbeitern der Sowjetunion. In ihrem Namen ist die SAI stets bereit, den Klassenbrüdern in der Sowjetunion ihre helfende Hand entgegenzustrecken. Mit unserer ganzen Kraft werden wir der internationalen kapitalistischen Reaktion in den Arm fallen, falls sie versuchen sollte, Eure Schwierigkeiten im Interesse der Konterrevolution auszunützen.

Proletarier aller Länder, vereinigt Euch! Proletarier der Sowjetunion, vereinigt Euch mit uns zur Rettung der russischen Revolution, zum Kampfe für Demokratie und Sozialismus!

SPD. Genf, 13. Mai (Eig. Drahtb.)

Reichsaussenminister Dr. Curtius hatte am Dienstag mit dem französischen Aussenminister eine längere Besprechung über das Saarproblem. Man kam überein, die Saar-Verhandlungen so zu fördern, dass dem Völkerbund im September ein Ergebnis zur Genehmigung vorgelegt werden kann.

Die zwischen dem englischen, französischen und italienischen Aussenministern geführten Verhandlungen bezogen sich auf die italienisch-französischen Differenzen, die nach Möglichkeit noch während der gegenwärtigen Ratstagung behoben werden sollen.

SPD. Amsterdam, 13. Mai (Eig. Drahtb.)

Der Präsident der zweiten niederländischen Kammer widmete Troelstra am Dienstag vor versammeltem Hause einen Nachruf, in dem er erklärte, dass Troelstra durch seinen Kampf für die Arbeiterschaft zu einer bleibenden geschichtlichen Figur der Kammer geworden sei. Ministerpräsident Ruys de Beerenbrouck sprach von dem grossen Redner Troelstra, als von dem einstigen Schmuck des Parlaments.

SPD. Kiel, 13. Mai (Eig. Drahtb.)

Dem Landvolk Schleswig-Holsteins widerfährt grosse Freude. Nachdem Ludendorff in der Nordmark bisher nur durch seine Getreuen die Schönheiten des dritten Reiches predigen liess, wird er nebst seiner Mathilde am 31. Mai höchstpersönlich auf dem Aschberg eine "grosse" Rede halten und bei dem feierlichen Gottesdienst dem teutschen Wotan opfern.

SPD. Hindenburg, 13. Mai (Eig. Drahtb.)

Die Grubenkatastrophe auf der Zeche Konkordia hat inzwischen ihr neuntes Opfer gefordert. Der Zustand mehrerer Schwerverletzter ist hoffnungslos, sodass sich die Zahl der Opfer voraussichtlich noch um zwei oder drei erhöhen dürfte.

SPD. Dortmund, 13. Mai (Eig. Drahtb.)

Das Brauereigewerbe in Rheinland-Westfalen ist von einem Streik bedroht. Die Brauereiarbeiter Gross-Dortmunds haben in einer von den freien und christlichen Gewerkschaften gemeinsam einberufenen grossen Versammlung zur Lage Stellung genommen. Sie sind einig und entschlossen, nach Ablehnung des Schiedsspruchs ihre berechtigten Forderungen nötigenfalls auch durch Streik durchzusetzen. Die Entscheidung in Dortmund, das für die westdeutsche Brauindustrie eine überragende Bedeutung hat, wird für Rheinland und Westfalen massgebend sein.

Über die Anwendung des Streiks wird am Donnerstag eine Konferenz der Brauereiarbeiter in Dortmund Beschluss fassen.

SPD. Wernigerode, 13. Mai (Eig. Drahtb.)

Der Schiedsspruch zur Neuregelung der Arbeitszeit für die mitteldeutsche Metallindustrie ist von einer Metallarbeiterkonferenz, die am Dienstag in Wernigerode stattfand, einstimmig abgelehnt worden.

SPD. Athen, 13. Mai (Eig. Drahtb.)

Die türkische Regierung hat dieser Tage beschlossen, zwei neue Zerstörer bauen zu lassen. Die griechische Regierung hat daraufhin eine Sonderkonferenz der Flottensachverständigen einberufen, die sich in den nächsten Tagen mit Massnahmen gegen die neuen türkischen Rüstungen befassen und die künftige griechische Marinepolitik neu festlegen soll.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Blossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Schüsse im Dunkeln.

SPD. Die Nationalsozialisten führen einen heftigen Feldzug gegen den Reichswehrminister Groener, weil er sich energisch gegen nationalsozialistische Zersetzung in der Reichswehr gewandt hat. In der Methode des Kampfes gegen die Nationalsozialisten gehen sie nun von gewöhnlichen Beschimpfungen des Reichswehrministers zu dunklen Andeutungen über. In der Schleswig-holsteinischen Tageszeitung in Itzehoe Nr. 112 erschienen in einem Artikel die folgenden Sätze :

"Die jetzige Einstellung des Herrn Groener zum Nationalsozialismus hat die sen in den vergangenen Jahren nicht gehinder, den Versuch zu machen, die Nationalsozialisten für hochpolitische Zwecke zu verwenden. Wenn Herr Groener seine Hetze gegen uns fortsetzt, werden wir uns nicht scheuen, den mit ihm geführten Briefwechsel zu veröffentlichen. Die Folgen sowohl innen- als auch aussenpolitisch mag er dann selbst tragen."

Diese dunklen Andeutungen wurden erweitert in einer Rede, die der Nationalsozialist Kube am 9. Mai im Preussischen Landtag hielt. Diese Rede wird im "Völkischen Beobachter" in grösster Aufmachung an leitender Stelle wiedergegeben. Darin heisst es :

"Ich versage es mir, das Material bekanntzugeben, das wir über den Herrn Reichswehrminister haben. Aber vielleicht wenden Sie sich an ihn und erinnern ihn an das Schreiben vom 23. April 1929, das die Reichstagsfraktion der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei an ihn gerichtet hat, um endlich einmal gewisse Anbiederungsversuche zurückzuweisen, weil wir die Erfahrungen des unglücklichen Oberleutnants Schulz und anderer Leute unseren Leuten nicht zumuten wollen... Nachdem man wegen der angeblichen Zersetzung der Reichswehr durch die Nationalsozialisten das Recht dreist gebrochen hat, denken wir gar nicht daran, Herrn Groener dieses Spiel weitertreiben zu lassen, sondern wir sind durchaus bereit, die Konsequenzen zu ziehen und wenn ich sie heute noch nicht ziehe, dann nur aus dem Gefühl der Verantwortung dem Staat gegenüber.... Ich bin bereit, meine Herren, Ihnen diesen Briefwechsel einmal zur Kenntnisnahme vorzulegen."

Was bedeuten diese Schüsse aus dem Dunkeln, was sind das für hochpolitische Zwecke und für Anbiederungsversuche, von denen hier geredet wird? Was diese Andeutungen bezwecken sollen, ist klar. Herr Groener soll erpresst werden damit er die Bekämpfung nationalsozialistischer Zersetzungsversuche einstellt und wie alle Erpresser arbeiten die Nationalsozialisten dabei mit geheimnisvollen Andeutungen. Sie lassen erkennen, dass sie wichtige Staatsgeheimnisse von gefährlichstem Range besitzen und sie drohen mit ihrer Bekanntgabe. Für gewöhnlich pflegt man das, womit sie drohen, Landesverrat zu nennen.

Diese heimtückischen Schüsse aus dem Dunkeln sollten den Reichswehrminister veranlassen, durch vollste Klarheit der Widerlegung den Erpressern gründlich das Handwerk zu legen!

Nazi-Kleinkrieg gegen Hindenburg.

Die Parteigenossen des Herrn Frick haben bekanntlich in der Nähe von Berlin ein Bild von Hindenburg regelrecht erschossen, geschändet und verbrannt. Die Presse der Nationalsozialisten kann ihre Wut auf den Reichspräsidenten nicht in gleicher Weise austoben, sie führt dafür einen ununterbrochenen, häm-

schen Pressefeldzug gegen ihn. Das Blatt des Herrn Strasser druckt einen Briefwechsel wieder ab, den Hindenburg im November 1925 geführt hat. Damals schrieb die Schriftstellerin Marie Diers an Hindenburg:

"Eurer Exzellenz schreibe ich im Namen und Auftrag vieler Müller, die gleich mir ihre Söhne im Krieg verloren haben. Wir bäumen uns dagegen auf, dass unsere lieben Jungens auf dem Felde der Unehre gefallen sein sollen, denn durch die Unterzeichnung des verruchten Locarno-Paktes wird die Lüge des Friedensvertrages von Deutschlands Schuld bestätigt. Da es eine allgemein bekannte Tatsache ist, dass die Stimme des Volkes nicht mehr zu Eurer Exzellenz dringt und alle Not- und Bittrufe in den Vorzimmern abgefangen werden, konnte nur eine kurze Bestätigung, dass dieser bittere Wehelaut deutscher Mütter zu E.E. gelangt ist, mich daran glauben lassen, dass E.E. sich nicht nur zu den Leuten halten, die Sie nicht gewählt haben."

Der Reichspräsident hat damals lediglich den Eingang des Briefes bestätigen lassen. Herr Strasser rechnete ihm das heute vor und fügt hinzu, dass die ungeschriebenen Hindenburgbriefe an Oberleutnant Fuhrmann, an Oberleutnant Schulz und die Eltern und Frauen der Fememörder mehr als ein Schmerz und eine Enttäuschung sind, und dass vom Namen Hindenburg nichts mehr zu hoffen sei.

Rumpelstilzchen ärgert sich.

Der Hugenberg-Journalist A. Stein, genannt Rumpelstilzchen, bekannt durch seine Anpöbelung Friedrich Eberts ist einer schmerzlichen Sache auf die Spur gekommen. Er berichtet der Hugenberg-Presse:

"Viele Kinder von ausgesprochenen Nichtsozialdemokraten haben das Heil erkannt und zur roten Fahne geschworen. Der Sohn des verstorbenen bekannten Lutherforschers Kawerau ist heute der rötteste Gymnasialdirektor in der Hauptstadt. Der Sohn des Prof. v. Harnack, des ungetreuen ehemaligen Freundes des Kaisers, hat es als Sozialdemokrat bis zum Posten eines Regierungspräsidenten gebracht. Als im vorigen Jahr die Heidelberger Studentenschaft eine öffentliche Kundgebung gegen das Versailler Diktat veranstaltete, stand abseits ein kleines Häuflein und demonstrierte dagegen. Unter diesen Kleinen vom Sozialistischen Studentenbund stand hoch und blond als Genossin die studiosa Inge Schacht die Tochter des Reichsbankpräsidenten. Es gibt viele Dutzende von Berliner Familien, die derartiges zu beklagen haben. Auch der Sohn des bisherigen Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons ist ja sozialdemokratischer Regierungspräsident"

Die Jungen wollen von Herrn Hugenberg und seinem Rumpelstilzchen und von der vergreisten Bürgerlichkeit nichts mehr wissen. Darob der Ärger bei Hugenberg.

Demokratenschicksal.

Die demokratische "Hilfe" zitiert Worte von Friedrich Hölderlin über das Menschenschicksal. Warum wohl? Als wir sie nachlasen, wurde es uns klar. Wir lasen:

"Was ists denn, dass der Mensch so viel will? Mehr will er als er kann und das möchte wahr sein. Aber dennoch stirbt der Trieb in unserer Brust. Was übrig ist, ist Asche. So gehts mit uns. Sei nur still und lass es seinen Gang gehen."

Friedrich Hölderlin hat vor mehr als hundert Jahren das Schicksal der Demokraten von heute und ihre Entartung in der Brüning-Koalition vorgeahnt. Was übrig ist, ist Asche....

aus aller Welt

Die Nacht von Berlin.

Unterwelt? - Café Roland - Der Befrackte und die zweieinhalb Zentner - Hammerklavier und Hexenverbrennung - Im Koppenkeller - Razzia!

SPD. Polizeibericht: "Bei einer Razzia im Norden Berlins wurden eine Anzahl verdächtiger Personen festgenommen und ins Polizeipräsidium eingeliefert. Unter den Verdächtigen befanden sich mehrere Personen, die von der Polizei gesucht wurden, darunter auch zwei entlaufene Sträflinge."

Berliner Unterwelt! Das ist ein Schlagwort, mit dem renommierte Provinzler um sich zu werfen pflegen, wenn sie wieder glücklich zu Hause angelangt sind. Denn etwas, was man mit Recht als "Unterwelt" bezeichnen könnte, gibt es in Berlin nicht. Diese riesige Stadt, in der sich Menschen aus aller Welt ein Stelldichein geben, in der die Not und das Elend schmerzlicher und brennender auftreten als in anderen Städten, hat natürlich ein Nachtleben, in dem Prostitution, Verbrechen und Obdachlosigkeit zu einem schauerlichen Freiklang zusammenkommen. Berlin hat Ringvereine, in denen sich Vorbestrafte und auch Zuhälter vereinigen; aber dies alles ist viel weniger System als die meisten anzunehmen scheinen. Gerade dieses Unzusammenhängende, Gelockerte des Berliner "Unterweltbetriebes" - um einmal das ominöse Wort zu gebrauchen - gibt ihr das einzigartige Bild, das in diesen Berliner Nächten die soziale und auch kriminelle Struktur der Millionenstadt kaleidoskopartig aufschimmern lässt....

+

Café Roland in der Chausseestrasse. Hier beginnt der Betrieb, um vier Uhr nachdem er um 3 Uhr erst aufgehört hat. 23 Stunden ist der "Roland" geöffnet, er ist das glänzendste Geschäft im ganzen näheren und weiteren Norden. Von 3 bis 4 sind 12 Scheuerfrauen tätig, um wenigstens die schlimmsten Spuren des Daueramusements zu tilgen und ein wenig Ordnung zu schaffen. -- Schon um 4 Uhr hat sich eine stattliche Menge angesammelt, die mehr oder weniger temperamentvoll Einlass begehrt. Es ist ein sehr gemischtes Publikum, das sich hier eingefunden hat. Neben Besitzern eleganter Autos aus Berlin w auch unverkennbare Repräsentanten dessen, was man so "Unterwelt" nennt. Zwei Minuten nach vier Uhr wird geöffnet, man balgt sich schon am Eingang, nur um herein zu kommen. Für Ordnung sorgt ein herkulisch gebauter Mann am Eingang, der mit mehr oder weniger drohender Miene von jedem Gast seinen Zehnten fordert und gegebenenfalls auch Verwendung findet, wenn es gilt, einen Krakeeler an die frische Luft zu setzen.

Mehr oder weniger sind alle Gäste des Café Roland angeheitert. Besonders die "Damen" geben den alkoholischen Ton an. Die Kellner, die schon wissen, dass man hier mit Sanftmut nicht weiter kommt, haben sich eine geradezu bayerische Grobheit angewöhnt und duzen ohne Ausnahme jeden Gast, dem sie Trank und Speise kredenzen.

Ein Herr im Frack mit Monokel im Auge regt sich fürchterlich darüber auf, dass er ein Haar in seiner Hühnerbrühe gefunden hat. Eine buntgeschminkte Dame, die ihm Gesellschaft leistet, sekundiert eifrig. Mit Blitzesschnelle ist der 2½ Zentnermann am Eingang alarmiert und fertig zum Eingreifen. Das geht von einem kurzen Dialog abgesehen, der sich in äusserst lässigen Formen ab-

spielt, nun sehr schnell. "Unverschämtheit- -!" gröhlt der Mann mit dem Monokel und schlägt mit der Faust auf den Tisch, "mir hier eine Perrücke in die Suppe zu schmeissen - Kellner! In der Brühe hat sich wohl Ihre Köchin die Haare gewaschen, wie?! Da sollte man ja geradezu die Gesundheitspolizei holen!" - "Blas Dich man nur nicht so auf, Männchen- -", sagt der Kellner und tritt mit finsterner Miene näher, "Du hast wohl etwas zu viel Luft geschnappt, dass Du Dich so aufpustest?! Bei Deiner Glatze kann Dir so ein Haar doch nur gut tun." - "Wo ist der Chef?" brüllt nun der Herr, der ein Haar in der Suppe fand... Der Chef erscheint nicht, statt dessen greift der Cerberus vom Eingang den Frack samt Inhalt um die Hüfte, zwei Kellner sekundieren und in Sekundenschnelle befindet sich der Mann in nächtlicher Kühle und unsacht aufs Strassenpflaster gesetzt.

+

Das Café Weiss ist mehr auf moll gestimmt. Hier versammeln sich nach der Arbeitsnacht die Strichmädchen der Chausseestrassengegend, um mit ihren "Luden" Kasse zu machen. Das geht manchmal nicht ohne Krakeel ab; wenn sich Mann und Frau nicht einig werden und einander zu prügeln beginnen, tritt der Chef höchst eigenhändig in Aktion. Dieser Chef ist massig genug, um aufsteigende Unruhen im Keim zu ersticken. Er soll einmal Ringkämpfer gewesen sein und macht von seinem körperlichen Privileg in solchen Fällen rücksichtslos Gebrauch... Ein Hammerklavier, das die kläglichsten Töne hervorbringt, die je einem Musikinstrument entströmen dürften, trägt nicht dazu bei, die Stimmung fröhlicher zu machen. Es ist alles trist in trist. Hier grinst das nackte Elend der hoffnungslosen Prostitution. Ein schwer betrunkenes Mädchen, vom heulenden Elend gepackt, schlägt plötzlich extatisch die Hände über dem Kopf zusammen und fängt an hemmungslos zu kreischen. Dem Kellner, der beschwichtigend hinzukommt, erzählt das Mädchen mit sich überschlagender Stimme im Taumel wilder Selbstanklage: "So was wie ich wäre früher glatt verbrannt worden - -!"... Am Eingang hängt ein Plakat: "Stimmung, Humor, Betrieb!".....

+

In der Nähe des Schlesischen Bahnhofs befindet sich der Koppenkeller... Hier ist alles handfester, robuster, unsentimentaler. Hier hocken Leute zusammen, die für melancholische Stimmungen nicht zu haben sind und denen ganz einfach die Zeit für lyrische Abweichungen fehlt... An den Wänden verwegene Zeichnungen neben den Klavieren dralle Mädchen, die sehr freigebig alles zeigen, was sie für begehrenswert halten. Im Koppenkeller wird mancher neue Streich ausbaldowert, was hier sitzt und eine Mollie trinkt, hat meistens schon einige Jahre Z. hinter sich. Dazwischen gibt es improvisierte Varietévorführungen. Ein Mann mit tätowierten Armen produziert sich als Gewichtsstemmer und erzählt jedem, der es hören und auch jedem, der es nicht hören will, dass er früher "glatt wie ein Aaa und schlank wie eine Schlange" gewesen sei... Ein Mädchen, eine Tschechin, bekommt plötzlich, von mehreren Schnäpsen angeregt, tänzerische Anwandlungen, springt auf einen Tisch und produziert sich unter wildem Jubel der Versammelten in tschechischen Heimattänzen. Bis plötzlich einer hereinschleicht und Wirt und Gästen zuflüstert: "Achtung Polente..." Worauf einige sehr schnell verschwinden.

+

Bahnhof Friedrichstrasse morgens um 6 Uhr, Letzte Etappe. Im Wartesaal zweiter und dritter Klasse ist Hochbetrieb. Sehr viel übernachtigte Gesichter, sehr viel Menschen, denen die fressende Not der Obdachlosigkeit ins Gesicht gebrannt ist. Kurz vor $\frac{1}{4}$ 7 Uhr erscheint eine starke Streife der Kriminalpolizei und prüft die Papiere. Wer keine hat, sucht noch schnell zu entkommen. Einige klettern durchs offene Fenster und geraten hierbei in die Hände einer Schupo-streife. Zwölf Leute, darunter drei Mädchen, werden mitgenommen. Einem Kavaliere entreisst man jäh und unvermittelt die frisch eroberte Braut. "Schade!" sagt der Mann bedauernd und bestellt zur Schmerzlinderung ein neues Bier...
Kuka.

+

+

+

Henkers Hochkonjunktur. Für den französischen Henker Deibler, der für seine Blutarbeit ein Jahresgehalt von über 10 000 Mark bezieht, herrscht jetzt Hochsaison. Nachdem er Ende April in Versailles einen 18jährigen Mörder hingerichtet hatte, beförderte er am 6. Mai in Reims den Zigeuner Clarisse vom Leben zum Tode. Drei Tage später, am 9. Mai, richtete Monsieur de Paris, wie man ihn in Frankreich nennt, in Boulogne den Mörder Dufour hin. Als man um 3 Uhr nachts den Delinquenten, der in tiefem Schlaf lag, weckte und ihm von der Ablehnung des Gnadengesuches Mitteilung machte, vernahm man kein Wort der Erwiderung. Dufour kleidete sich ruhig an, hörte die Messe und liess sich ohne Widerspruch von dem Henker die Haare und Hemdkragen abschneiden. In der Unterhaltung mit seinem Rechtsanwalt rauchte Dufour einige Zigaretten. Um $\frac{1}{2}$ 5 Uhr gab Deibler das Zeichen zur Hinrichtung. Zwei Minuten nach der Ankunft des Gefängniswagens war das Urteil vollstreckt.

+ + +
298 Picasso=Bilder sind wieder da! Die Pariser Kriminalpolizei hat festgestellt, dass der Maler Calvei von den 400 gestohlenen Picasso=Bildern 298 an eine Frau Zak verkauft hat. Die Gemälde konnten beschlagnahmt werden.

+ + +
Ein zweiter Fall Neumond? In Breslau ist der Rechtsanwalt Dr. Kurt Krause auf Anordnung der Staatsanwaltschaft verhaftet worden. Krause soll sich in mehreren Fällen an ihm anvertrauten Geldern vergriffen haben. Die Vergehen, deren er beschuldigt wird, liegen ein Jahr zurück.

+ + +
Eine "rosige" Schmugglerin. Am Bahnhof Philippopel wurde die deutsche Staatsangehörige Helene Holnik aus dem Zuge heraus verhaftet, da die Zollbehörden in ihrem Gepäck grosse Mengen Geraniumöl, das zur Fälschung von Rosenöl verwandt wird, gefunden hatten. Die Verhaftete gestand, Mitglied einer internationalen Schmugglerbande zu sein, die u. a. auch in Bulgarien zahlreiche Helfershelfer hat.

+ + +
Fridtjof Nansen. In Oslo verstarb im Alter von 69 Jahren Fridtjof Nansen der berühmte Polarforscher und grosse Philantrop. Schon als 20-Jähriger hatte Nansen an Bord eines Seehundfängers seine erste Eismeerfahrt unternommen. Die nächste Tat ist durch einen Buchtitel charakterisiert: "Auf Schneeschuhen durch Grönland". Aber erst Nansens Standardwerk "In Nacht und Eis" wurde zum Begriff, der die wichtige Forscherarbeit Nansens in ihrem Wesen umriss. Das Buch entstand nach der denkwürdigen Expedition Nansens 1893 bis 1896, die den Forscher und seine Helfer an Bord der "Fraam" ins nördliche Polarbecken führte. Den Pol selbst hat Nansen nicht erreicht, er machte aber als Erster genaue geographische Feststellungen über ihn und berichtigte die Grenzen des Franz Josephs Lands. In späteren Jahren war der grosse Gelehrte besonders dadurch sympathisch, dass er sich nicht an der allgemeinen Rekordjägererei, die um das Ziel "Pol" eingesetzt hatte, beteiligte. Nansen erkannte wohl, dass es am Nordpol im Grunde nicht mehr sehr viel zu entdecken gab und dass es besser wäre, wenn er das Gewicht seines Namens für die grossen charitativen Aufgaben einsetzte, vor deren Lösung die Menschheit besonders nach dem Elendsjahrhundert des Weltkrieges gestellt war: Nansen zeigte sich als grossherziger Wohltäter, der allen die materielle Not litten, nach materiellen und ideellen Kräften half. Insbesondere hat sich Nansen leidenschaftlich für die Armenier eingesetzt. Den Nobel friedenspreis erhielt der greise Forscher und Menschenfreund im Jahre 1928.

+ + +
Geglückte Ozeanüberquerung. Unter Ueberwindung schwerer Regenstürme und bei teilweise sehr schlechten Sichtverhältnissen gelang dem französischen Flieger Mermoz die Ozeanüberquerung von St. Louis (Senegal) nach Natal (Brasilien) in 21 Stunden und fünf Minuten. An Bord der zeitweise überschwemmten Maschine befanden sich ausser Postfracht zwei Begleiter. Mermoz, der ein bekannter französischer Rekordflieger ist, benutzte eine Landmaschine.

Zwischenfall im Kunert-Prozess. Vom Schöffengericht Berlin-Moabit wird zur Zeit ein Parallelprozess zum Stinnes-Prozess, der sogenannte "Fall Kunert-Dunkelblum" verhandelt. Es wird in diesem Prozess um die Frage gekämpft, ob die Anmeldung von Anleihebesitz als Altbesitz ein Betrug am Reiche ist. Zu Beginn der Dienstag-Verhandlung überreichte Rechtsanwalt Dr. Sandack dem Vorsitzenden einen in Blockschrift geschriebenen anonymen Brief folgenden Wortlauts:

"Sie wissen, dass die Sachverständigen L. und W. nach dem Stinnes-Prozess Sonderzuwendungen aus dem Fonds des Reichspräsidenten erhalten haben."
Den Sachverständigen - Herren des Reichsfinanzministeriums - soll Gelegenheit gegeben werden, sich zu den erhobenen Anschuldigungen zu äussern. Ferner fragte Rechtsanwalt Dr. Sandack, ob es richtig wäre, dass man Spitzel engagiert habe, die fünf Prozent von jeder Summe bekommen sollen, die durch ihre Tätigkeit dem Reich erspart worden wäre, und ob jetzt einer dieser Agenten Ansprüche von mehreren Millionen Mark Provision stelle. Nachdem Staatsanwalt Dr. Berliner diese Fragen "als unerheblich" zurückgewiesen hat, erklärt Dr. Sandack: "Ich will durch diese Fragen den Nachweis erbringen, dass die Verfahren gegen Stinnes und Kunert die einzigen sind, die man als Strafprozesse vor den Gerichten durchgeführt hat. Alle anderen Fälle sind durch Ordnungsstrafen erledigt worden. Im Notizbuch des holländischen Herrn Pama, der im Stinnesprozess eine grosse Rolle spielt, hat man die Namen von allerersten deutschen Persönlichkeiten der Wirtschaft gefunden. Um dieses Notizbuch hat man sich nicht gekümmert, obwohl man es für ein Nichts hätte bekommen können....!"

+ + +
Hochzeit im Trab. In dem Dörfchen Suchodol nahe der bulgarischen Hauptstadt Sofia trug sich dieser Tage eine etwas seltsame Bauernhochzeit zu, deren nähere Begleitumstände selbst in den Aufzeichnungen eines Casanova einen würdigen Platz verdienten. Der Jungbauer Nikola hatte ein Mädchen namens Milka entführt, da sich die Eltern des Mädchens der Heirat der Beiden widersetzen. Um die geraubte Tochter zurückzuerhalten, liessen die Eltern dem Nikola ihr Einverständnis zur Heirat für den Fall zusagen, dass er ihnen zunächst die Tochter unverzüglich wieder zuführe. Nikola lehnte ab, verlangte vorerst das kirchliche Aufgebot, die Einladung der Hochzeitsgäste, die Vorbereitungen zum Festgelage. Der Not gehorchend legten die widerspenstigen Eltern der Eheschliessung nun keine Hindernisse mehr in den Weg - bis zum Kirchgange des Hochzeitstages, an dem der Brautvater dem unwillkommenen Schwiegersohn abermals brüsk die Türe wies. Aber - keine halbe Stunde war vergangen, als Nikola mit einer Anzahl seiner Freunde in die Wohnung der Eltern Milkas eindrang. Vater und Mutter wurden kurz entschlossen in ein Zimmer gesperrt, in dessen Nebenraum die jungen Burschen einen Kreis um das Paar bildeten, kehrt machten: und - im Nu hatte Nikola die Mädchenknospe gepflückt. Aus der Jungfrau war eine Frau geworden....

Die Eltern waren begreiflicherweise erstarrt, als sie in aller Form von dem Geschehenen in Kenntnis gesetzt worden waren. Was blieb ihnen jetzt anderes übrig, als das bisher verweigernde Jawort zu geben? Ihre Tochter hätte bei den strengen Moralbegriffen der bäurischen Bevölkerung Bulgariens nie wieder einen anderen Mann gefunden und wäre der allgemeinen Verachtung anheim gefallen.

Gewerkschaftliche Bündnis

Der Kampf um den Sozialetat.

SPD. Die Beratungen des Haushaltsausschusses sind bis jetzt infolge der starken Zurückhaltung der bürgerlichen Parteien im Eiltempo geführt worden. Kein Wunder, wenn bedeutungsvolle Streitfragen in der Beratungsjagd untergingen. Fixigkeit geht meist auf Kosten der Richtigkeit. Soll das Eiltempo nun auch bei der Beratung des Sozialetats, die am Mittwoch beginnt, beibehalten werden? Eine gründliche Aussprache ist dringend notwendig, denn die vorgesehenen Kürzungen im Sozialetat können von der Sozialdemokratie nicht sang- und klanglos hingenommen werden.

Im Mittelpunkt der Erörterungen werden fünf Hauptkampfobjekte stehen: Arbeitslosenversicherung, Krisenfürsorge, wertschaffende Arbeitslosenfürsorge, Invalidenversicherung und Familienwochenhilfe. Dass ein Reichszuschuss an die Reichsanstalt in Höhe von 150 Millionen und ein Notstock von 80 Millionen für die Finanzierung des Arbeitslosenschutzes nicht genügen, ist längst klar, da nicht damit zu rechnen ist, dass der Stand der Arbeitslosigkeit sich auf einen Jahresdurchschnitt von 1,2 Millionen halten wird. Die 150 Millionen Zuschuss sind zu wenig, und die 80 Millionen Notstock sind keine Realität; denn 30 Millionen davon sind von dem Aufkommen aus der Lohnsteuer abhängig, soweit es den Betrag von 1 425 Millionen übersteigt. Ob aber das Lohnsteueraufkommen 1930 auch nur diese Summe erbringt, ist mehr als zweifelhaft.

Für die Krisenfürsorge sind im Etat 150 Millionen Mark vorgesehen. Sie reichen bestenfalls für eine Unterstützung von 200 000 Erwerbslosen. Diese Zahl ist durch die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt längst überholt. Auch der Ansatz für die wertschaffende Arbeitslosenfürsorge im Betrag von 55 Millionen Mark genügt nicht, um auch nur die begonnenen Notstandsarbeiten fortzuführen. Für den Landarbeiterwohnungsbau, dessen Förderung auch aus diesem Betrag erfolgen soll, stehen nur noch ganz geringfügige Mittel zur Verfügung.

Ebenso unsicher sind die Ansätze für die Finanzhilfe zu Gunsten der Invalidenversicherung. Im vergangenen Jahr hatten sich die Regierungsparteien darauf geeinigt, die Lex-Brüning in der Form durchzuführen, dass von dem Lohnsteueraufkommen, soweit es 1300 Millionen übersteige, 75 Millionen an die knappschaftliche Pensionsversicherung, und der Rest an die Invalidenversicherung gezahlt werden sollte. Im Etat 1930 wird nun die Zahlung an die Invalidenversicherung aus dem Lohnsteueraufkommen auf 50 Millionen beschränkt. An sich besteht zwar die Möglichkeit, dass die Invalidenversicherung noch etwas mehr aus der Lohnsteuer erhält; das wird aber nur dann der Fall sein, wenn das Lohnsteueraufkommen 1455 Millionen übersteigt. Praktisch dürfte das in diesem Jahr kaum eintreten. Dazu kommt dann noch die Halbierung der für die Invalidenversicherung vorgesehenen 40 Millionen aus der Zolleinnahme. Die Sozialdemokratie wird beantragen, dass diese Beeinträchtigung rückgängig gemacht wird.

Der Ansatz für den Reichszuschuss zur Familienwochenhilfe ist im Sozialetat von 32 auf 15 Millionen vermindert worden. Da das eine Verkürzung der Wochenbettbeihilfe, die bisher 50 Mark betrug, nach sich ziehen muss, wird im Paragraph 9 des Haushaltsgesetzes kurzerhand bestimmt, dass der Reichsarbeitsminister darüber entscheidet, wie im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel zu disponieren ist. Das heisst: praktisch ist der Wochenbetthilfsatz von

50 Mark beseitigt. Der fehlende Rest im Reichszuschuss soll von den Krankenkassen getragen werden. Auch hier will die Sozialdemokratie einen Antrag zur Beseitigung der Kürzung einbringen. Die Zahlung der Zuschüsse zur Familienwochenhilfe aus dem Reichsetat muss in der vollen hierfür erforderlichen Höhe sichergestellt werden.

Für die Sozialdemokratie kommt es jetzt vor allem darauf an, bei der Beratung dieses Etats den geplanten Abbau der sozialpolitischen Reichshilfe zu verhindern.

SPD. Der Reichskanzler hat vor einigen Tagen sich in öffentlicher Rede für die Belebung des Baumarktes, vor allem des Wohnungsbaues, eingesetzt. Einstweilen herrscht jedoch im Baugewerbe noch fürchterliche Arbeitslosigkeit. Mitten im Mai sind 50% aller Bauarbeiter erwerbslos. Im "Grundstein", dem Organ des Deutschen Baugewerksbundes, erheben daher von neuem die freiorganisierten Bauarbeiter die Forderung auf Einbeziehung des Baugewerbes in die Krisenfürsorge. "Wir unterstreichen diese Forderung" schreibt der "Grundstein", "und erwarten, dass auch jene Kreise, die dem heutigen Reichsarbeitsminister näher stehen als wir und besonders jene, die zur Zeit immer den Mund so voll nehmen und jeden Hinweis auf die Gefährdung der Arbeitslosenversicherung empört zurückweisen, allen ihren Einfluss ausüben werden, damit die Bauarbeiter unverzüglich in den Genuss der Krisenunterstützung kommen."

Die Forderung auf Einbeziehung in die Krisenfürsorge ist von den Bauarbeitern bereits Mitte Januar in einer Eingabe an den Reichsarbeitsminister Wisseil gestellt worden. Von ihm ist die Berechtigung dieser Forderung damals auch anerkannt worden. Die Deutsche Volkspartei hat jedoch, getreu ihrer in der Arbeitslosenfrage verfolgten Aushungerungstaktik, die Bereitstellung der notwendigen Mittel für den Ausbau der Krisenunterstützung unmöglich gemacht. Jetzt haben die christlichen Gewerkschaften die Möglichkeit, den Wert ihrer Querverbindungen zu den bürgerlichen Parteien zu zeigen.

Die Voraussetzungen zur Einbeziehung der Bauarbeiter in die Krisenfürsorge sind vollauf gegeben; denn kein Mensch wird heute mehr bestreiten wollen, dass sich der Arbeitsmarkt in einer Krise befindet und deshalb der Ausbau der Krisen-Unterstützung auf der ganzen Linie notwendig geworden ist. Allein in der Zeit vom 15. März bis 15. April sind, wie auf der Bundesausschussitzung des ADGB festgestellt wurde, rund 140 000 Personen aus der Arbeitslosenversicherung ausgesteuert worden. Wer im Winter vielleicht noch auf eine Belebung des Arbeitsmarktes im Frühjahr gerechnet hat und aus einem solchen, allerdings schon damals wenig begründeten Glauben heraus von einer Erweiterung der Krisenunterstützung nichts wissen wollte, der muss heute angesichts der neuesten Arbeitslosenziffern eines Besseren belehrt sein. Wer sich heute noch einem Ausbau der Krisenunterstützung in den Weg stellt, bedroht Ruhe und Ordnung im Staat.

SPD. Bei den Betriebsrätewahlen der Eisenbahner haben in 14 Braunschweiger Dienststellen von 1676 wahlberechtigten Lohnempfängern 1592 ihre Stimme abgegeben. Der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands (freigewerkschaftlich) erhielt davon 1 410 Stimmen, der Allgemeine Eisenbahnerverband (Hirsch-Duncker) 150 und die Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner (Christen) 6 Stimmen. Von 55 Betriebsratssitzen erhielt der Einheitsverband 52, der Allgemeine Eisenbahnerverband 3 Sitze. Das Ergebnis ist also für den freigewerkschaftlichen Einheitsverband geradezu glänzend.

SPD. Der schwedische Reichstag hat dem "Internationalen Übereinkommen, betreffend den Schutz der mit dem Beladen und Entladen von Schiffen beschäftigten Arbeitnehmer gegen Unfälle" zugestimmt. Dem Reichstag war für die Beratung der Übereinkommensvorlage von dem konservativen Sozialminister ein ausführlicher befürwortender Bericht zugeleitet worden. Der Minister bedauert an dem Übereinkommen das Fehlen des Grundsatzes der Gegenseitigkeit, und er empfiehlt zwecks Abschluss von Gegenseitigkeitsverträgen schnellstens Verhandlungen mit allen interessierten Staaten aufzunehmen. Zur Empfehlung des Übereinkommensentwurfs, wonach bei der Ausarbeitung der entsprechenden Vorschriften durch die Behörden die Berufsverbände der Arbeitgeber hinzugezogen werden sollen, bemerkt der Minister in seinem Bericht, dass die Empfehlung für Schweden keine besondere Massnahme erforderlich mache, da dieser Grundsatz in Schweden allgemein beachtet werde.

Der Standpunkt der Reeder, Schweden möge mit der Ratifizierung warten, bis die wichtigsten Länder, besonders England ratifiziert hätten, wurde von der Arbeits- und Sozialverwaltung und vom Handelsministerium nicht geteilt. Die zuständigen Ministerien haben nun die notwendigen Abänderungsentwürfe zu schaffen. Um in der Gesetzgebung der nordischen Länder allgemein eine Übereinstimmung mit dem Übereinkommen herzustellen, sollen in Kürze die Sachverständigen mit den notwendigen Beratungen beginnen. Das Vorgehen Schwedens dürfte zweifellos auch die übrigen nordischen Länder zur Ratifizierung des Übereinkommens bewegen.

Für Deutschland gelten in noch höherem Masse die gleichen Gründe, die in Schweden die Regierung und den Reichstag zur Ratifizierung des Übereinkommens veranlasst haben. Die Schutzbestimmungen für die gefährliche Hafendarbeit sind in Deutschland viel unzureichender als in Schweden. Trotz der über dem Durchschnitt liegenden Unfallziffer der Hafendarbeiter hat das Reichsarbeitsministerium allem Anschein nach nicht die Absicht, die Ratifikation des internationalen Schutzübereinkommens vorzubereiten. Jeder Versuch des Gesamtverbandes, der zuständigen Organisation der Hafendarbeiter, beim Reichsarbeitsministerium eine Aussprache über diese wichtige Frage herbeizuführen, war bis jetzt ergebnislos.

SPD. Auf drei Gruben in Sosnowice (Polen) streiken seit 2 Tagen 1 700 Arbeiter. Die Grubenverwaltungen versuchten willkürlich den Arbeitstag zu verlängern. Sie haben gegen Nichtbeachtung ihrer neuen eigenmächtig festgesetzten Vorschriften schwere Strafen angedroht. Die freigewordenen Arbeitsposten wollten sie unter dem Schutz von Polizei mit Streikbrechern besetzen. Dieses Vorhaben der Verwaltungen wurde jedoch von den Streikenden vereitelt. Begreiflicherweise kam es dabei mehrfach zu Zusammenstößen mit der Polizei. 16 Arbeiter sind verhaftet worden.

SPD. Der Stahlhelm übt sich in Wohltätigkeit. Seine Erfurter Ortsgruppe zählt jedem Kameraden, der Brennstoff irgendwelcher Art bei ihr bestellt, einen Zuschuss von 10 Pfennig pro Zentner aus einer hierfür gemachten Sonderzuwendung eines Stahlhelmgönners.

Schade, dass die Stiftung nicht bereits im Herbst gemacht wurde! Schade, dass die parlamentarischen Freunde des Stahlhelms nicht gegen die Brennstoffwucherpreise Front machten; denn dann könnten die Kameraden vielleicht 20 Pfennig pro Zentner sparen! Oder gehört der stille Gönner zu den Raubrittern, die erst die Leute ausplündern und dann zur Busse fromme Stiftungen machen?

Wirtschaft Technik Handel

Kampf gegen den lieben Gott.

Bauernregel gegen Agrardemagogie.

SPD. Als der neugebackene Reichskanzler Brüning vor gut einem Monat dem Führer der Grünen Front Schiele das Reichsernährungsministerium anvertraute, setzten die Agrarier auf diese Berufung grosse Hoffnungen. Schiele war doch der Mann, der ihnen in unzähligen Versammlungen, Sitzungen und Zeitungsartikeln einen Roggenpreis von 230 Mark pro Tonne versprochen hat. Der neue Ernährungsminister hat alles getan, um seine Anhänger nicht zu enttäuschen. Er hat die Einfuhrzölle für Getreide in unerhörtem Masse heraufgesetzt; er hat einen geradezu "lückenlosen" Zolltarif geschaffen; er setzte die Stützung der Roggenpreise fort und hat schliesslich das System der Exportprämien in verschwenderischer Weise ausgebaut. Mit dem Erfolg, dass die gegenwärtig um 160 Mark pendelnden Roggenpreise stürzen. Den sinkenden Roggenpreisen folgen die Hafernotierungen. Es ist ein schwacher Trost, wenn die Anhänger Schieles darauf verwiesen, dass sich die Weizennotierungen noch behaupten.

Von der Tätigkeit des Herrn Schiele im Reichsernährungsministerium hat bis jetzt nicht die deutsche Landwirtschaft, sondern das Ausland profitiert. Die Erhöhung der Roggenexportprämie auf 90 Mark je Tonne bedeutet doch nur in der Praxis, dass der Roggen bei uns im Lande 165 Mark kostet und dass derselbe Roggen zu 75 Mark nach dem Ausland verkauft wird. Mit ähnlicher Weisheit operiert der agrarische Ernährungsminister auch bei der Ausfuhr anderer Getreidearten, beim Export von Vieh und Fleisch und schliesslich verkaufen auch die Zuckerfabriken ihre Produkte nach dem Ausland um etwa 10 Mark je Zentner billiger als auf dem inländischen Markt. Man treibt ein ungeheures Dumping. Man verschleudert deutsche Agrarartikel weit unter Gestehungskosten und Weltmarktpreis und wundert sich nachher, wenn sich die anderen Länder darüber bitter beklagen und nach Abwehrmitteln (z.B. Ausgleichszöllen) suchen, um die Gefährdung der eigenen Landwirtschaft durch das deutsche Agrardumping zu verhindern. Andererseits klagt man darüber, dass das Ausland niedrige Löhne zahlt und verlangt neue Schutzzölle für den Industrieimport nach Deutschland. Man vergisst aber, dass die unzulängliche Agrarpolitik in Deutschland die Lebensmittel verteuert und demzufolge die Löhne in die Höhe treibt, im Ausland aber verbilligte Lebensbedingungen schafft, die wiederum niedrige Löhne ermöglichen.

Der Reichsernährungsminister Schiele kämpft in seinem Bestreben, den Roggenpreis auf 230 Mark pro Tonne zu bringen, sozusagen gegen den lieben Gott. Es gibt eine alte Bauernregel, die besagt, dass der Mai, kühl und nass, dem Bauer Scheun¹ und Fass füllt. Diese jahrhundertalte Spruchweisheit des Volkes trifft auf die gegenwärtige Situation zu. Der Stand unserer Felder und Aecker ist überaus günstig. Das kann natürlich auf die Stimmung der Märkte und Börsen nicht ohne Einfluss bleiben. Der günstige Saatenstand hat bereits einen sehr empfindlichen Druck auf die Preislage ausgeübt und damit einen erneuten Beweis dafür erbracht, dass man wohl die Freise vorübergehend manipulieren, dass man aber die Natur nicht revidieren kann. Die deutsche Roggenstützung erlebt auf engerem Gebiet dasselbe, was wir in weit grösserem Massstab in den ausländischen Weizenreservoirs, in der brasilianischen Kaffeeproduktion, im Baumwollgürtel Nordamerikas, in der Weltzuckerproduktion und in der englisch-holländischen Gummierzeugung erlebten. Es gibt nur ein Mit-

tel, die Wirkungen einer günstigen Witterung ausser Kraft zu setzen, und das ist die Einschränkung der Anbaufläche. Diese Einschränkung ist aber nicht eingetreten. Vielmehr sprechen die vorliegenden Berichte von einer weiteren Vergrösserung. Das kann nicht wundern, wenn man dem Landwirt Monate- und Wochenlang von einem Roggenpreis von 230 Mark pro Tonne erzählt und wenn man schliesslich die politische Macht in die Hand bekommt, die immerhin ausreicht, in die Preisentwicklung einzugreifen. Angesichts einer solchen Demagogie und Verantwortungslosigkeit muss der Landwirt auf den Gedanken kommen, dass ein solcher Preis sehr wohl zu erreichen sei. Die Landbundführer haben es ja gesagt! Die ganze Entwicklung hat anscheinend dazu geführt, dass man auf dem Lande, wo man mit den Gesetzen der Preisentwicklung weniger vertraut ist, gar nicht an die Einschränkung der Roggenanbaufläche denkt, in der Hoffnung auf den 230 Mark-Preis.

Das Versagen der Produktionspolitik gegenüber der Anbaufläche wird sich aber bald rächen. Schon jetzt scheint es, als ob die Abwärtsentwicklung der Roggenpreise noch lange zu Ende sei. Wie man weiss, haben die Stützungsfirmen mit staatlichen Mitteln ungeheure Vorräte aufgestapelt. Jeder Lagernde Roggen muss aber infolge seines natürlichen Feuchtigkeitsgehalts im Frühjahr und Sommer als gefährdet gelten und so haben auch die Gewitter in den letzten Tagen schon starke und nicht unberechtigte Befürchtungen hinsichtlich der Qualität der Lagerware ausgelöst. Für den Eigentümer ergibt sich natürlich die Notwendigkeit, die Ware in grösstmöglichem Umfange abzustossen, bzw. zur Verarbeitung zu bringen. Diese zugespitzte Lage hat ohne Zweifel den letzten Preiseinbruch herbeigeführt.

Einen weiteren schwerwiegenden Fehler beging man damit, dass man auf die Kaufkraft des Konsums nicht die geringste Rücksicht nahm. Als die Berufung Schieles erfolgte, gingen die Getreidepreise zunächst sprunghaft herauf. Indem man anfangs, diesen anfänglichen Preissteigerungen der Rohprodukte die Preise für Halb- und Fertigwaren anzupassen, begann schliesslich die ganze programmwidrige Entwicklung. So erhöhte man z.B. die Mehlpreise, Schön! Aber die erhöhten Mehlpreise standen nur auf den Kursprotokollen der Produktenbörsen. Das Unglück war, dass sich keine Käufer fanden, die die erhöhten Preise bezahlen wollten. Nun war das Mehlgeschäft schon immer schlecht. Wenn es in Deutschland 3 Millionen Arbeitslose mit Millionen von Familienangehörigen gibt wirkt sich das selbstverständlich in einem Minderverbrauch an Mehl aus. Der erhöhte Mehlpreis verschärfte die Entwicklung und so kam das Mehlgeschäft fast völlig zum Erliegen. Das drückte wiederum auf die Getreidebörse. So trat zu dem baissегünstigen Moment der gewaltigen Vorräte und der guten Ernteaus-sichten der Preisdruck auf Grund ungenügender Absatzmöglichkeiten. Die herrschende Flaute an den Getreidemärkten ist also eine ganz natürliche Erscheinung, die sich aus den Grundgesetzen der Wirtschaft erklärt. Und dagegen kann auch ein zum Reichsernährungsminister gewordener Führer der Grünen Front nicht an.

Es ist ein schlechter Trost, wenn man darauf verweist, dass es den Landwirten in anderen Ländern keineswegs besser gehe. Nun ist ja die herrschende Agrarkrise eine Weltkrise und in Amerika leiden die Farmer gleichfalls unter den mangelnden Absatzmöglichkeiten für Getreide. Man mag den Zustand mit Überproduktion bezeichnen, wobei man selbstverständlich den Beweis schuldig bleiben dürfte, dass es nicht Millionen und Abermillionen Menschen gibt, die gern Brot essen würden, wenn sie es bezahlen könnten. Das gilt nicht nur für die ungeheuren Hungergebiete Ostasiens, das gilt selbst für das Roggenüberschussgebiet Deutschland. Mit der angeblichen Überproduktion steht ja immer wieder die ungenügende Kaufkraft der breiten Bevölkerung in ursächlicher Verbindung. Die unsinnige Zoll- und Exportprämienpolitik des Reichsernährungsministers Schiele beweist aber, dass die herrschende Schicht in Deutschland den Zusammenhang zwischen Agrar- und Volksnot noch lange nicht begriffen hat.

SPD. Die Heruntersetzung des Kupferpreises auf 12,8 Cents pro englisches Pfund vor einigen Tagen hat die Kauflust angeregt. Allerdings kann man keineswegs von einem Umschwung der Situation auf dem Kupfermarkt sprechen. Das internationale Kupferkartell nutzt aber die Lage aus, um den Kupferpreis zweimal heraufzusetzen und zwar insgesamt auf 13,30 Cents. Wahrscheinlich rechnet man im Kupferkartell damit, dadurch die Kauflust zu animieren. Da aber die Kupfervorräte in den amerikanischen Lagern immer noch anwachsen, kann das eine glatte Fehlspekulation sein, die dann den Kupferpreis bald wieder drücken dürfte.

SPD. Die Hirsch, Kupfer- und Messingwerke A.G. in Eberswalde, kurz Hirsch-Kupfer genannt, reduzieren ihre Dividende von 9 auf 7 %. Der Umsatz, hat sich von 40 Millionen Mark im Jahre 1926 und 67 Millionen Mark im Jahre 1928 auf 72 Millionen Mark im Jahre 1929 gesteigert. Das entspricht einer Erzeugung von 25 000 Tonnen im Jahre 1926, 41 000 Tonnen im Jahre 1928 und 46 000 Tonnen im Jahre 1929. In den 4 Jahren seit 1926 hat also eine Produktionserhöhung um 21 000 Tonnen = 80 % stattgefunden. Die Dividendenreduzierung liegt im Produktionsverlauf nicht begründet. Allerdings hat sich der Rohgewinn von 4,11 auf 3,23 Millionen vermindert und der Reingewinn von 1,29 Millionen auf 1,06 Millionen Mark. Man muss aber hier wohl, wie im Geschäftsbericht angedeutet wird, die vorher erfolgten reichlichen Abschreibungen berücksichtigen.

Andererseits dürfte die Dividendenermässigung im Zusammenhang mit den Finanzplänen bei Hirsch-Kupfer stehen. Schon im vorigen Jahr wurde ein Aktienpaket nach England (Imperial Chemical Trust) gegeben, um langfristige Kredite zu beschaffen. Der Kreditbedarf erklärt sich aus dem steigenden Umsatz und weiter aus der technischen Umstellung des Unternehmens, das jetzt allerdings zum Abschluss gekommen ist. Die Zugänge auf Anlagen betragen z.B. für das Jahr 1929 = 2,12 Millionen Mark. Im Zusammenhang mit dem Aktienverkauf nach England haben sich die langfristigen Kredite bei dem Unternehmen von 6,3 Millionen auf 12,42 Millionen Mark erhöht, während das Aktienkapital selbst nur 12 Millionen Mark ausmacht. Jedenfalls hält die Hirsch-Kupfer die Hereinnahme vor langfristigen Auslandskrediten für billiger als die Erhöhung des Aktienkapitals, was natürlich grössere Dividendenzahlungen bedingt. Aus diesen Überlegungen heraus steht das Unternehmen vor dem Abschluss von Verhandlungen, die die Uebereignung von weiteren Aktien nach dem Ausland zum Gegenstand haben. Der neue Aktienverkauf bedingt wohl auch in erster Linie die Dividendenermässigung von 9 auf 7 %.

SPD. Zugleich mit der kräftigen Steigerung der deutschen Schuhausfuhr hat sich auch auf dem deutschen Inlandsmarkt die Konjunktur für die Schuhindustrie erheblich gebessert. So wird aus Pirmasens, dem Zentrum der deutschen Schuhfabrikation, berichtet, dass in sämtlichen Grossbetrieben zurzeit mit Hochdruck gearbeitet wird. Auch in den vielen Mittel- und Kleinbetrieben dieses Bezirks hat sich der Beschäftigungsgrad beträchtlich gehoben. Die Arbeitslosigkeit in der Pirmasenser Schuhindustrie, die in den letzten beiden Jahren einen katastrophalen Charakter angenommen hatte, konnte auf 5 250 gesenkt werden. Wenn diese Zahl auch noch sehr hoch ist, so ist doch als erfreulicher Fortschritt festzustellen, dass sie die niedrigste Arbeitslosenziffer seit drei Jahren darstellt. Auch in den von der Schuhindustrie abhängigen Fabrikationszweigen der Schuhmaschinen-, Leisten- und Kartonnagenindustrie ist die Geschäftslage zur Zeit sehr gut.

SPD. Die Energie- und Verkehrs-Aktiengesellschaft Westsachsen in Zwickau i.Sa., die seit dem Vorjahre die Energiebetriebe der Stadt Zwickau zusammenfasst, konnte im verflossenen Jahr ihre Stromabgabe trotz der schwierigen Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse steigern. Der Reingewinn wird mit 641.000 Mark angegeben, woraus eine Dividende in Höhe von 8 % auf das Aktienkapital von 8 Millionen Mark gezahlt wird.

Berliner Viehmarkt.

(13.Mai)

SPD. Der Schweinemarkt war mit rund 17 000 Tieren besetzt. Das ist ein immerhin genügendes Angebot. Die Viehzentrale ist jedoch der Meinung, dass man von keinem Ueberangebot sprechen dürfe; die Exportmöglichkeiten für Schinken würden demnächst besser sein, so dass der Markt auch ein stärkeres Angebot ohne grössere Preisverluste aufnehmen könne. Die Viehzentrale spielt damit auf die vor Tagen erhöhte Exportprämie an. Ob sich die Hoffnungen erfüllen, muss abgewartet werden; jedenfalls konnten die Käufer auf dem Berliner Markt, im Gegensatz zu den Märkten im Westen, Preisabschläge durchsetzen. Auf dem Kälbermarkt waren mittlere und geringere Kälber gesucht. Hier zogen auch die Preise an. Auf dem Rindermarkt waren prima Ochsen knapp. Im übrigen bestand keine grosse Kauflust, da das Geschäft am Fleischgrossmarkt wieder einmal matt liegt.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark:
Kühe: a) 42 - 46 (voriger Markt 44 - 49), b) 36 - 40 (37 - 42), c) 28 - 33 (29 - 34), d) 22 - 26 (25 - 28), Kälber: a) -, b) 73 - 82 (75 - 82), c) 60 bis 72 (55 - 72), d) 40 - 55 (35 - 50), Schweine: a) (über 300 Pfund) 62 - 63 (63 - 64), b) (240 - 300 Pfd.) 62 - 64 (64 - 65), c) (200-240 Pfd.) 63 - 64 (64 - 65), d) (160 - 200 Pfd.) 63 (63 - 64), e) (120 - 160 Pfd.) 60 - 62 (61 - 62), f) (unter 120 Pfund) -, g) (Sauen) 55 - 56 (56 - 57).

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 13.Mai: I. 126 Mark, II. 113 Mark, III. 97 Mark je Zentner. Tendenz stetig.

SPD. Die Sarotti A.G. in Berlin lässt es, wie in den Vorjahren, bei einer süssen Dividende von 10 % bewenden. Der Rohertrag hat sich von 9,8 Millionen auf 10,5 Millionen gesteigert. Für den Reingewinn liegt eine Erhöhung von 1,08 Millionen auf 1,64 Millionen Mark vor. Das Anlagekonto ist stark angewachsen. Die finanziellen Auswirkungen des Zusammenschlusses mit der Deutschen A.G. für Nestle-Erzeugnisse erwartet das Unternehmen erst im kommenden Abschluss.

Stärkere Stützung.

(Berliner Getreidebörse vom 13. Mai.)

SPD. Die Eröffnungsnotierungen am Markte der Zeitgeschäfte lagen am Dienstag für Weizen und Roggen wiederum um 2 bis 3 Mark höher und konnten sich im Verlaufe der Börse noch weiter befestigen. Infolge stärkerer Käufe der Getreidestützungsstellen in Roggen machte sich auch im Handel mit prompter Ware eine grössere Festigkeit bemerkbar, sodass auch hier Preiserhöhungen im Ausmasse von etwa 2 Mark festzustellen waren. Das Angebot in Roggen hat sich auf Basis dieser höheren Preise etwas verstärkt. Weizen blieb dagegen weiter knapp angeboten, jedoch war auch hier die Nachfrage nicht allzu gross. Am Mehlmarkt zeigte sich lediglich für Roggenmehl eine etwas lebhaftere Nachfrage, sodass sich hier die Preise um etwa 25 Pfennig je Sack befestigen konnten. Das Weizenmehlgeschäft stagniert weiter vollkommen. Für Hafer war die Stimmung fester und bei grösserer Kauflust der Exporteure und des inländischen Konsums liessen sich etwas höhere Preise erzielen.

	<u>12. Mai</u>	<u>13. Mai</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	282 - 284	283 - 285
Roggen	160 - 168	162 - 170
Braugerste	190 - 202	190 - 202
Futter- und Industrierogerste	173 - 186	173 - 186
Hafer	152 - 161	152 - 161
loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	31,50-40.00	31,50-40.00
Roggenmehl	23,25-26.00	23,25-26.00
Weizenkleie	9,25- 9,50	9,25- 9,50
Roggenkleie	9,50-10.00	9,50-10.00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen per Mai 292½-293 (Vortag 290), per Juli 300-300½ Geld (298) per September 267½-269 (265). Roggen per Mai 175-176 (173), per Juli 185-185½ (182), per September 187½ (185), Hafer per Juli 173½-173 (172½).

Raufutternotierungen.

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen).....RM.	1,20 - 1,40
" Weizenstroh "	1,15 - 1,30
" Haferstroh "	-,85 - -,95
" Gerstenstroh "	-,85 - -,95
Roggen-Langstroh, 2 mal mit Stroh gebündelt.....	1,20 - 1,45
Bindfadengepresstes Roggenstroh	1,00 - 1,25
" Weizenstroh	-,90 - 1,15
Häcksel.....	1,85 - 1,95
	Tendenz matt.
Handelsübliches Heu, gesund und trocken.....	1,80 - 2,00
Gutes Heu, gesund und trocken.....	2,20 - 2,50
Thymothee, lose.....	3,40 - 3,80
Kleeheu, lose.....	3,30 - 3,70
Drahtgepresstes Heu.....Pf.	40 über Notiz.
	Tendenz ruhig.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D

Berlin, den 13. Mai 1930

Spieler.^x

Von J.A. Arennes

SPD. "Gehen wir nun zum Chinesen oder zum Juden?" fragt Jim. Pablo zieht ein Geldstück heraus und wirft es hoch - die Entscheidung fällt auf den Juden.

Kurz danach standen die Beiden in der Estanzia des Juden. Von der rauhen Bretterwand kreischten die Reklameplakate für alle möglichen alkoholischen Genüsse in unverschämtester Weise herab. Der alte Hiob sass hinter der Theke und strich sich durch den Bart. "Whisky!" brüllte Jim. Er war ein rothaariger Bursche aus dem Norden, mit zerschmetterter Boxernase, harten Armen und gewaltigen Fäusten. "Conchita soll servieren!" fuhr er fort und donnerte mit der geballten Faust auf den Tisch. Hiob fuhr erschreckt empor. Trotzdem er alt ist, zittert er um sein Leben, weiss er doch nur zu gut, welche bedeutende Rolle derartige Kleinigkeiten, derartige Lächerlichkeiten hier spielen können. Starb doch sein Vorgänger, weil er nicht die Whiskymarke führte, die einer seiner Gäste offenbar nicht entbehren konnte und wollte.

Pablo, ein schlanker, olivengelber Jüngling, setzte sich in den Hintergrund, warf seinen breiten Filzhut auf die Bank und zog ein Spiel Karten heraus. Jim setzte sich ihm gegenüber, trocknete sich den Schweiss von der Stirn und legte den Revolver auf den Tisch. "Musik!" Der Alte setzte das Grammophon in Gang - eine Tanzmelodie krächzte. Beide amüsierten sich derweilen glänzend über die fürchtsame Art des alten Juden. Dann gaben sie Karten und fingen an, zu spielen.

Jim spuckte in weitem Bogen und schleuderte flammende Eide ins Lokal. Soll es denn nun wieder verlieren - wie gestern? Soll dieser verdammte Mestize ihm alles Geld abknöpfen? Sein Mitspieler lacht mit seinen gelben Zähnen und hört überlegen-geringschätzig die Beleidigungen mit an. Er hat nur den einen Gedanken - diesen Yankee auszuplündern. Muss er nicht etwa die kostspieligen Wünsche Conchitas bezahlen?! Da steht sie und schenkt ihnen beiden ihr purpurrotes Lächeln, während ihre goldene Hand das klare und brennende Feuergetränk einschenkt.

Plötzlich knallt Jim einen Fluch heraus und packt seinen Spielpartner beim Daumen. Würde der andere eine einzige Bewegung der Verteidigung versuchen, so bräche Jim ihm den Daumen entzwei wie eine vertrocknete Zigarre. "Wenn Du schon falsch spielst, dann, bitte, nicht wie ein Idiot! Conchita - her mit anderen Karten!"

"Ja, gewiss", murmelte der Jude beipflichtend, "das ist viel besser als der Spektakel!" Seiner Meinung nach ist die Polizei eine notwendige, aber äusserst gefährliche Institution.

Conchita lacht und tanzt mit ihren nackten kleinen Füßen auf dem harten Lehm Fussboden. Der alte Jude hat eine neue Platte aufgelegt - eine Liebesmelodie. Er hofft, dass sie die Gemüter beruhigte. "Andere Karten!" faucht Jim, und seine Raserei darüber, betrogen worden zu sein, ist so stark, dass Conchita sich wohl oder übel dazu bequemen muss, andere Karten herbeizuschaffen.

Da verlässt das Glück Pablo. Jim gewinnt Geldstücke und Scheine zurück - und zwar mit einer Regelmässigkeit wie eine Pumpe zapft er ihm alles ab. Der Mestize wird einen Schein gelber und betrachtet den Partner mit stechenden Augen. "Quitt - oder doppelt!" zischt er.

Wieder verliert er, besitzt nun nichts mehr. Jim grient: "Jetzt wollen wir mal um Dein linkes Ohr mit dem Goldring spielen - um hundert Pesos."

Pablo nickt. Sie spielen. Pablo verliert. "Quitt oder doppelt!" höhnt Jim. Er kann es dem Sohn einer Eingeborenen nicht vergeben und vergessen, dass er ihn betrogen hat. Jetzt will er ihm das Fell über die Ohren ziehen. Nichts weiss er etwa von Shylock, aber er lebt unter einem Himmel, der nicht gerade Mitleid lehrt

"Ein Auge gegen hundert Pesos!"

Es ist inzwischen Nacht geworden. Immer noch spielen sie, während Hiob stillversunken in einer Ecke klagt: "Herr, mein Gott, wie soll das alles enden!". Conchita verfolgt das Spiel und pfeift dabei eine Jazzmelodie vor sich hin. Gewinnt Pablo ein Auge oder eine Hand zurück, so wird ihr Pfeifen leicht und hell; verliert er indessen wieder - und das tut er immerfort -, dann sinkt ihr Pfeifen zu einem mechanischen Zischeln herab.

Da kommt ein Augenblick, in dem Jim, betrunken, aber immerhin klar, die Rechnung macht: "Nach allem, was Du mir schuldest, Pablo, bist Du jetzt nicht mehr und nicht weniger als eine Leiche. Aber ich bin durchaus nicht kleinlich; wir können noch mal eine Runde um Deinen letzten Seufzer spielen!"

Nachdem er gewonnen hat, legt er seine Hand auf den Revolver - der Vor-sicht halber - und sagt kurz: "So - berappe!"

"Noch ein Glas vor der endlichen Abrechnung!" lacht Conchita laut auf, als ob es sich um einen Scherz handle... Lachend läuft sie hinaus, kehrt lachend zurück mit einer neuen Flasche: "Nach einem Spiel wie diesem, von dem man in meilenweitem Umkreis sprechen wird, kann man unmöglich Schnaps trinken, der wie Petroleum stinkt! Nicht wahr?!"

Beide trinken sie, während Hiob hinter der Theke so etwas wie ein Gebet murmelt. - -

Drei Tage später schlug Pablo seine Augen in einer fremden Hütte auf. Conchita sass ihm zu Füssen und fächelte die Moskitos fort. Und sie lächelte Pablo an, denn nur sie wusste, wieso die beiden Männer in einen todesähnlichen Schlaf versunken waren...

Aber Jim erwachte nie mehr; dafür hatten die roten Ameisen gesorgt. Das sind kleine, eifrige Tiere; es passt ihnen ganz und gar nicht, dass man ihnen einen schlafenden Mann auf ihren Hügel legt. Jims Skelett ist bereits fein säuberlich abgesucht und leuchtet weiss. Und doch war er ein mutiger und gerissener Kerl. Aber man soll sich vor allzu viel Glück im Spiel hüten.....

Pieter Jelles Troelstra.

SPD. Pieter Jelles Troelstra war am 20. April 1860 in Stiens in Friesland als Spross eines uralten Bauerngeschlechtes geboren. Er entstammte keinem proletarischen Milieu, und so hatte er Jahrzehnte voll innerer Kämpfe nötig, um sich in einer Zeit, in der die moderne Arbeiterbewegung noch in den Kinderschuhen steckte, zum Sozialismus durchzuringen. Sein Vater konnte es ihm ermöglichen, zunächst eine höhere Schule in Leeuwarden zu durchlaufen und dann auf der Reichsuniversität in Croningen zu studieren. Der junge Troelstra wandte sich der Rechtswissenschaft zu und wurde Rechtsanwalt. Frühzeitig schon hatte er eine grosser Rednergabe, und die bürgerlich-demokratischen Kreise setzten grosse Hoffnungen in den jungen begabten Rechtsanwalt.

In den Jahren 1890 bis 1892 wurde Troelstra mehr und mehr in die Arbeiterbewegung hineingezogen. Das führte zum Bruch zwischen Troelstra und seinem Vater und zu einer Verschlechterung seiner materiellen Existenz. Der junge Idealist setzte, nachdem er einmal die Sache der Arbeiterschaft zu der seinen gemacht hatte, alles aufs Spiel, eine glänzende Laufbahn als Anwalt und die Möglichkeit, eine führende politische Rolle in der bürgerlichen Welt Niederlands, die ihn gern für sich gewonnen hätte, zu spielen. Dabei verlor Troelstra un-

geachtet alles Idealismus, doch nie die Wirklichkeit aus den Augen. Als sein grosser Vorgänger Domela Nieuwenhuis mehr und mehr von anarchistischen Gedankengängen erfasst wurde, setzte Troelstra sich für die parlamentarische Aktion der Arbeiterbewegung ein und erhob das Banner der Demokratie. Es war nur begreiflich, dass die im August 1894 gebildete Sozialdemokratische Arbeiterpartei für ihn der gegebene Wirkungskreis war. Er nahm willig wirtschaftliche Not, Spott und Beschimpfungen auf sich, um die Sache durchzufechten, die er für die gute und gerechte ansah.

Von September 1897 bis Juni 1925 hat Troelstra als Vertreter der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei der Zweiten Niederländischen Kammer angehört. Mit zäher Energie hat er von der Tribüne des Parlamentes aus den Kampf um das gleiche Wahlrecht geführt, aber auch sonst gab es keinen Komplex politischer und wirtschaftlicher Fragen, der ihm fremd war. Er wusste sich die Achtung der Gegner zu erzwingen, und wenn sich nach dem gescheiterten Generalstreik des Jahres 1903, der wesentlich auf syndikalistische Wirrköpfe zurückzuführen war, die Sozialdemokratische Arbeiterpartei verhältnismässig schnell wieder zu erholen verstand, so ist dies nicht zuletzt seiner staatsmännischen Leitung zu verdanken.

Auf den Kongressen der Sozialistischen Arbeiter-Internationale vor dem Kriege ist Troelstra namentlich auch als ein leidenschaftlicher Streiter für den Weltfrieden und gegen Krieg und Militarismus bekannt geworden. Umso tiefer traf ihn die furchtbare Tragödie des hereinbrechenden Verhängnisses in der ersten Augusttagen 1914.

Die Bewegung, deren Führer Troelstra war, ist aus einem kleinen Häuflein zu einer Massenbewegung geworden, hinter der bereits heute ein Viertel des niederländischen Volkes steht. Wenn auch die treue Arbeit vieler Ungenannter dazu beitrug, so war Troelstra doch die treibende Kraft, die dem Willen seiner Mitstreiter Ziel und Richtung wies. Darin liegt seine bleibende Bedeutung für das niederländische wie für das internationale Proletariat.

Otto Burgemeister (Amsterdam)

Fünf Jahre Reichsrundfunkgesellschaft.

SPD. Die Dachorganisation der Deutschen Rundfunkgesellschaften, die Reichsrundfunk-Gesellschaft, feiert am 15. Mai ihr fünfjähriges Bestehen. Die Reichsrundfunk-Gesellschaft ist eigentliche Instanz, die auf das deutsche Rundfunkwesen einen entscheidenden Einfluss ausübt; sie ist das Bindeglied zwischen den mehr oder weniger privatkapitalistisch fundierten Bezirkssendegesellschaften und dem Reichspostministerium. Da der Rundfunkkommissar von der Reichspost ernannt wird und die Reichsrundfunk-Gesellschaft die Aktienmehrheit aller Sendergesellschaften besitzt und dadurch in der Lage ist, alle leitenden Mitarbeiter auszuwählen, so ist sie selbst mit Befugnissen ausgerüstet, die sich sogar in der Programmgestaltung bemerkbar machen können. Tatsächlich hat sich auch herausgestellt, dass vieles, was den Bezirkssendegesellschaften zugeschrieben wurde, auf Veranlassung der Reichsrundfunk-Gesellschaft geschah. Da ihr Verwaltungsrat vom Reichsrundfunkkommissar geleitet wird, so ergibt sich die seltsame Wahrnehmung, dass der staatliche Vertreter sein eigener Verwaltungsratsvorsitzender ist. Wenn Staatssekretär a. D. Bredow seine Aemter seit fünf Jahren inne hat, so muss er unzweifelhaft technische, wirtschaftliche und auch politische Qualifikationen besitzen, die zum mindesten ein ausgeprägtes Anpassungsvermögen an die jeweilige politische Situation ermöglichen, zumal da auch das Reichsministerium des Innern mitbestimmend ist, sobald die Programmgestaltung in den Vordergrund tritt.

An der Entwicklung des deutschen Rundfunks hat die Reichs=Rundfunk=Ge=ellschaft einen grossen Anteil. Wenn auch die Werbung von Hörern vielfach auf die Tätigkeit der Bezirkssender zurückzuführen ist, so ist doch die Einheit=lichkeit der gesamten Wirtschaftsführung ihr ausschliessliches Tätigkeitsge=biet. Es ist anzuerkennen, dass sie sich nicht nur von behördlichen, sondern mehr noch von kaufmännischen Gesichtspunkten leiten lässt. Ueber drei Millio=nen Hörer sind zahlende Kunden. Ihre Interessen zu wahren, ist nicht immer ein=fach. Deshalb müssen Verbindungen mit der Hörschaft gesucht werden. Als en=ger Mitarbeiter mit der Reichs=Rundfunk=Gesellschaft gilt der Arbeiter=Radio=Bund, der mit der Freien Rundfunkzentrale der SPD die Interessen der soziali=stischen Hörer vertritt.

Zwischen der Reichs=Rundfunk=Gesellschaft und dem Arbeiter=Radio=Bunde haben sich im Laufe der Jahre Möglichkeiten guter Zusammenarbeit ergeben. So steht die Reichs=Rundfunk=Gesellschaft der Gebührenherabsetzung durchaus sym=pathisch gegenüber; so berief sie z.B. den Arbeiter=Radio=Bund in einen enge=ren Ausschuss, der den Kampf gegen Rundfunkstörungen aufgenommen hat. Sie unter=stützt Werbeveranstaltungen, sucht also Kontakt mit der Arbeiterschaft zu ge=winnen. Neben politischen und technischen Fragen hat sie organisatorische, ju=ristische und künstlerische Momente zu erwägen, die für die sozialistische Ar=beiterschaft von erheblicher Bedeutung sind, besonders da die Reichs=Rundfunk=Gesellschaft Deutschland im Weltrundfunkverein vertritt. Die Freie Rundfunk=zentrale der Sozialdemokratie und der Arbeiter=Radio=Bund werden der Reichs=Rundfunk=Gesellschaft um so sympathischer gegenüberstehen, je mehr sie es sich angelegen sein lässt, Möglichkeiten zu finden, die den Kreis der sozialistischen Arbeiterhörer vergrössern.-

Maienabend.^x

SPD. Maienabende pflegen meist sehr poetisch zu sein. Mondschein, blü=hender Flieder, leises Liebesgeflüster, "Huch, nein" und murmelnde Quellen; aber die murmeln für gewöhnlich nicht in der Grosstadt, und der Flieder blüht auch nicht auf dem Asphalt, und von der Stille wollen wir schon ganz schweigen.

Aber auch ein Maianabend in der Grosstadt hat seine Reize. Irgendwo in einer der Strassen vor dem Stadtwalde, dort, wo der Mittelstand in drei= oder vierstöckigen Häusern wohnt, erwarte ich abends noch einen Freund, diesmal aber bestimmt einen Freund. Er will so gegen halb elf kommen; also kann ich warten.

Wenn man nicht gerade unter einer Bogenlampe steht, sieht man die Sterne blinken und die Sichel des Mondes über die Dächer scheinen. Es ist windstill und warm. Ab und zu rauscht eine Strassenbahn vorüber oder hupt ein Auto; sonst ist alles ruhig.

Aus einer Wirtschaft klingt die schaurige Musik eines noch schlimmeren Grammophons mit Platten, die bestimmt schon bessere Zeiten gesehen haben. Drin=nen wird mit Hingabe Skat gekloppt. Ein paar Leute sitzen an den offenen Fen=stern und plaudern. Gesprächsfetzen dringen bis an mein Ohr. Ich glaube von Geschäft oder Ausflügen oder gar ein zärtliches Wort zu hören, aber die Wirk=lichkeit ist anders. "Kind, geh du ruhig zu deinem Rechtsanwalt; ich geh' zu meinem. Aber wollen wir uns nicht lieber wieder vertragen, denn".... Das Uebrige verschlingt das Geräusch der Strassenbahn. Schade. Na, ja, die Rechtsanwälte wollen auch verdienen. Wird "sie" "ihn" mit Fräulein Müller oder "er" "sie" mit Herrn Meyer gesehen haben? So ein Pech; nun ist der Krach da. "Das werde ich dir beweisen, das sollst du schon sehen", begehrt "sie" jetzt auf; da kommt die andere Strassenbahn. Also doch scheinbar: er und Fräulein Müller sind ge=sehen worden; und der Beweis? Schade, dass ich nicht erfahren kann, wann der Termin ist. Die armen Richter!

Zwei Lehrlinge geben an mir vorüber. Zigarette und Jockeymütze sind Selbstverständlichkeit. "Du, das wird gemacht, und dann werden die tollsten Zicken ausgefressen", höre ich, als sie vorbeigehen. Nun, warum auch nicht! Man kann sich doch auch einmal amüsieren. Plötzlich bleibt der eine stehen. Auf Wiedersehen! Das Haus ist schon zu, Der andere geht weiter. Die brennende Zigarette fliegt auf die Strasse, dass die glühenden Funken nur so sprühen. Dann fängt der eine an zu pfeifen, einmal, noch einmal, immer sehr zaghaft.

"Otto, bist du das?" ruft eine Stimme aus dem dritten Stock. "Ja". - "Wo kommst du denn her?" - "Vom Geschäft." - "So spät?" - "Ja". - "Warte, ich werfe den Schlüssel herunter". Der Schlüssel kommt, sorgfältig in Zeitungspapier eingewickelt, heruntergeflogen. Irgendeine Kirchenuhr schlägt elf. Eigentlich reichlich spät, um aus dem Geschäft zu kommen. Sollte wirklich der Chef so boshaft sein? Oder sollte etwa das Kino oder der Jahrmarkt und die Portokasse...? Ich ohne Zusammenhänge.

Da wird das Grammophon wieder aufgezogen. Ich flüchte schleunigst. Gott sei Dank, dahinten kommt mein Freund.

Heino Küster.

Hurra, der Mai---

Hurra, der Mai- nun ist er doch gekommen,
Und dicke Kerzen blüh'n auf den Kastanien,
Man hört verschnupfte Käfer abends brommen,
Und manchmal piekt die Sonne wie in Spanien.

Wir fassen Mut- und nach dem dünnen Mantel
(In dem wir manchmal zwar verflixt gefroren).
Der Sportler übt mit Fuss und Arm und Hantel
Und macht in Schönheitskult mit blauen Ohren.

Vorerst ist's kühl - und ach, der Sonne Blitzen,
Wie eingangs schon erwähnt, ist ziemlich spärlich,
Und trotzdem soll'n verschiedene Leute schwitzen -
Für "Führer" sind die Zeiten halt gefährlich!

Man glaubt zu führen, und man merkt mit Schrecken,
Dass grad' das Gegenteil der Fall gewesen,
Und hat von Mitte, Rechts und allen Ecken
Die alten, faulen Wechsel einzulösen.

Man seufzt im Stillen wohl: "Wie mag das enden?"
Und müht sich ab mit Riesen-Ost-Programmen - -
Man gäh' so gern, und auch mit vollen Händen;
Hätt' man nur erst den nöt'gen Kies zusammen!!

Hurra, der Mai - vorerst noch ziemlich fröstlich,
Doch langsam wird es warm und klar und heiter.
Doch nicht für euch - ihr schielt verdattert östlich
Und wurstelt brav im alten Gleise weiter! - - -

Walter Schirmeier.

Die Lunge wird gefilmt!^x

SPD. Nach mühsamen Vorarbeiten ist es Dr. Werner Siebert von der I. Medizinischen Klinik der Charité Berlin gelungen, einen Film von Gegenständen und Vorgängen im Pneumothorax-Raum (dem luftgefüllten Brustfellraum) eines lebenden Menschen aufzunehmen. Diese aufsehererregenden Aufnahmen sind ermöglicht worden durch eine zweckentsprechende Verbindung des Brustspiegels mit dem Kurbelkasten, wobei mittels einer seitlichen Beobachtungsvorrichtung der aufzunehmende Gegenstand genau eingestellt werden konnte. Da die Lichtverhältnisse im Brustraum sehr kompliziert sind, so war die Konstruktion eines ganz neuen Linsensystems für den Brustspiegel erforderlich. Der Forscher wurde jedoch aller entgegenstehenden Schwierigkeiten Herr und konnte bereits sehr schöne Aufnahmen der atmenden Lunge und einer Lungenoperation zeigen (Durchtrennung eines Verwachsungsstranges), die er mit Hilfe des Brustspiegels gemacht hat. Auch den Rhythmus des pulsierenden Herzens konnten die Zuschauer im Film beobachten und damit einen tiefen Einblick gewinnen in die Werkstatt des Lebens selbst.

Ausgegangen ist Siebert von den Arbeiten J.J. Stutzin's, der bereits früher in ähnlicher Weise Filme vom Blaseninnern hergestellt hat. Ein neues Forschungsprinzip ist damit gefunden, kinematografische Aufnahmen in lichtdicht abgeschlossenen Körperhöhlen zu machen, und gleichzeitig ein ausgezeichnetes diagnostisches Mittel, das auch für den Lehrbetrieb von grosser Bedeutung ist. Denn während man bisher immer nur einen einzelnen Menschen in den Brust- bzw. Blasen Spiegel hineinsehen lassen konnte, was zudem noch mit Unbequemlichkeiten für den Patienten verbunden war, kann man jetzt im Film das erkrankte Organ Hunderten von Studenten gleichzeitig demonstrieren und ihnen damit einen Einblick gewähren in den rhythmischen Verlauf der Lebensvorgänge.

SPD. Rabindranath Tagore als Maler. In Paris wird gegenwärtig eine Ausstellung von Bildern des berühmten indischen Dichters Rabindranath Tagore gezeigt. Es ist interessant, zu erfahren, dass Tagore erst seit zwei Jahren malerisch gestaltet, und dass er begonnen hat wie moderne Konstruktivisten, indem er sich nur in Linien und Farben ausdrückt. Die augenblicklich gezeigten Arbeiten sind farbige Tuschzeichnungen, meist Tiere und menschliche Figuren. Für die Landschaft zeigt Tagore kein Interesse. Zuerst wurde - auch das ist beachtenswert - auf seine malerischen Arbeiten in Japan aufmerksam gemacht, als er dort vor einem Jahre weilte. Er hatte seine Bilder einigen hervorragenden japanischen Malern gezeigt, und diese Maler zollten den Bildern die höchste Bewunderung und bewogen Tagore, der sich nicht an die Öffentlichkeit getrauen wollte, die Bilder einem weiteren Kreise zugänglich zu machen. Auch die Pariser Ausstellung hat er bisher nur einem engeren Kreise von Künstlern und Freunden gezeigt. Dennoch hat sie die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit wachgerufen.

SPD. O, diese Hitze!^x "Bei uns in Mexico ist es so heiss", sagte Don Juan de la Capanna, "da trocknen sogar die Tränendrüsen aus."
"Das ist noch garnichts", erwiderte der Neger Murya Nganda, "bei uns in Afrika ist es so heiss, dass wir die Hühner mit Eis füttern müssen; sonst legen sie gekochte Eier."
